



#WIRSINDDASLAND

DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT

Landesprogramm
für **Demokratie,**
Vielfalt und
Weltoffenheit
in Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung



NEUES LANDES-
PROGRAMM BRINGT
NEUE AKTEURE
ZUSAMMEN

Grußwort

Die Stärkung von Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit und die Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind wichtige Ziele der Arbeit der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt.

In Sachsen-Anhalt setzen sich zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger tagtäglich für ein demokratisches Miteinander ein. Dieses Engagement für eine lebendige Demokratie verdient Unterstützung.

„Als lernendes Programm“ haben wir das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit mit Beginn der 8. Legislaturperiode nicht nur fortgesetzt, sondern gemeinsam mit unseren vielen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern in einem breiten Beteiligungsprozess weiterentwickelt. Damit schlagen wir ein neues Kapitel im Bereich der Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt auf.

Das vorliegende Landesprogramm bündelt die in den Ressorts umgesetzten Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie die vielfältigen Arbeitsansätze, die in Vereinen und Verbänden entwickelt wurden. Unter dem Dach des Landesprogramms ist es im Dialog mit den vielen Engagierten im Land gelungen, demokratische Allianzen zu schmieden, neue Zielgruppen anzusprechen, den Engagierten im Land den Rücken zu stärken und demokratiefeindlichen



Akteurinnen und Akteuren und deren Angriffen auf eine plurale Gesellschaft sichtbar entgegen zu treten.

Mit dem Landesprogramm zeigen wir den Feinden der Demokratie gemeinsam die rote Karte. Menschenfeindlichkeit hat keinen Platz! Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land mit einer vielfältigen Kultur und einer starken Zivilgesellschaft!

Machen auch Sie mit!

Petra Grimm-Benne
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	3
Inhaltsverzeichnis	4
Präambel	5
1. Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten	12
2. Bildung für eine demokratische Gesellschaft	24
3. Vielfalt in Gesellschaft und Beruf	36
4. Medienkompetenz für eine digitale Zivilgesellschaft	44
5. Kinder- und Jugendbeteiligung für eine demokratische Zukunft	52
6. Gemeinsam für ein solidarisches Miteinander	58
7. Dialog, Qualitätssicherung und Vernetzung	64

In Anlehnung an die Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung werden im vorliegenden Programmtext mit der vollständigen Paarform weibliche und männliche Personen benannt. Darüber hinaus sind alle sozialen Geschlechter und Geschlechteridentitäten bei der Konzeption und Umsetzung der Maßnahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit zu berücksichtigen.

Präambel

„Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land mit einer vielfältigen Kultur und einer starken Zivilgesellschaft. Gemeinsam engagieren sich alle Akteure des Landesprogramms für Demokratie und Vielfalt, Weltoffenheit sowie für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben!“

Mit diesem Appell trat 2017 das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Kraft. Es wurde gemeinsam mit Interessierten aus ganz Sachsen-Anhalt entwickelt. Schon damals wurde deutlich: Das Landesprogramm ist kein statisches Produkt, sondern ein lernendes Programm, das durch konkrete Projektarbeit, Dialogveranstaltungen, Fachkonferenzen und digitale Austauschformate mit Leben gefüllt und stetig weiterentwickelt wird. In der 7. Legislaturperiode ist es gelungen, die durch Bund, Land, Kommunen und Zivilgesellschaft geleistete Präventionsarbeit zu einer abgestimmten Strategie zusammenzuführen. So resümiert der Programmbeirat in einem gemeinsamen Beschluss: „Die gemeinsame Arbeit für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit im Dialog mit den vielen Engagierten im Land hat dazu beigetragen, demokratische Allianzen zu schmieden, neue Zielgruppen anzusprechen, den Engagierten im Land den Rücken zu stärken und demokratiefeindlichen Akteuren und deren Angriffen auf eine plurale Gesellschaft sichtbar entgegen zu treten.“

Der Koalitionsvertrag der 8. Legislaturperiode verweist auf das gemeinsame Ziel, die Demokratie weiter zu stärken, die Präventionsarbeit auszubauen und gegen alle Formen von Menschenfeindlichkeit einzutreten: „Antidemokra-

tischen und populistischen Angriffen, die darauf abzielen, Menschengruppen verächtlich zu machen und das demokratische System zu destabilisieren, treten wir entschieden entgegen. [...] Die Landesregierung wird in enger Zusammenarbeit mit allen demokratischen Partnern aktiv dafür eintreten, jeglichen Formen von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus den Boden zu entziehen. Dazu ist die Präventionsarbeit zu verstetigen, bedarfs- und zielgruppengerecht zu verbreitern und nachhaltig aufzustellen. Demokratie lebt vom Engagement. Wir möchten Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrem Alter, von einer Behinderung, ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität oder ihrem sozialen Status dazu ermutigen, sich aktiv in das Gemeinwesen einzubringen. Dieses Engagement bildet die Grundlage für unser Zusammenleben in einer Demokratie, verdient Würdigung und braucht Unterstützung.“

Mit der Fortführung und Weiterentwicklung des Landesprogramms bekennt sich Sachsen-Anhalt zu den in der Landesverfassung verbrieften unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage einer solidarischen Gesellschaft. Die Stärkung von Demokratie, Pluralismus und Weltoffenheit sowie die Prävention von Extremismus – insbesondere Rechtsextremismus –, Rassismus, Antisemitismus und allen anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind integrale, ressortübergreifende Bestandteile der Regierungsarbeit in Sachsen-Anhalt. Unsere Demokratie lebt vom gegenseitigen Respekt, der Unantastbarkeit der individuellen

Menschenwürde und der Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt. Um diesen Anspruch fortwährend zu erfüllen, setzt die Landesregierung auf die enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Kommunen.

Gefährdungen der demokratischen Kultur

Ausweislich des „Sachsen-Anhalt Monitors“ vom Dezember 2020 bekennt sich die überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Bundesland klar zu den demokratischen Grundwerten. Gleichzeitig sind viele mit dem tatsächlichen Funktionieren demokratischer Prozesse unzufrieden. Hier ist eine Entfremdung vom demokratischen politischen System, den demokratischen Parteien und den Institutionen zu beobachten, aus der die Gefahr einer Delegitimierung der Demokratie erwächst.

Unübersehbar ist, dass Positionen wie Weltoffenheit und Vielfalt in der Öffentlichkeit nicht bei allen Gehör fanden. Zugleich erfahren Positionen, die erkennbar die Spaltung der Gesellschaft zum Ziel haben, noch immer mediale und politische Resonanz. Dies wurde im Zuge der weltweiten Krise, ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie, deutlich. So ist nicht nur in Sachsen-Anhalt ein politisches Milieu entstanden, das eine starke Affinität zu Verschwörungserzählungen aufweist und sich im Zuge der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie radikalisiert hat.

Die sich hier vollziehende Radikalisierung ist auch Folge der antisemitischen, rassistischen und rechtsextremen Propaganda im Internet. Damit einher gehen (verbale) Angriffe und Hate Speech gegen Personen des öffentlichen Lebens oder Einzelpersonen mit dem Ziel, sie zu einem Rückzug aus der Öffentlichkeit zu zwingen. Zugleich vollziehen sich über Social-Media-Formate politische Prozesse der Ver-

netzung demokratiefeindlicher Milieus. Rechts-extremistische und rassistische Narrative im Internet gewinnen so an Reichweite und (scheinbarer) Konsistenz. Sie bilden die Basis für eine Radikalisierung und die Bereitschaft, auch in der „analogen Welt“ entsprechend zu handeln. Verbale Radikalität und die Ästhetisierung von Gewalt schlagen dabei immer wieder auch in tatsächliche Gewalt um. Von den Anfeindungen in den Sozialen Medien sind zum einen insbesondere Menschen betroffen, die sich öffentlich erkennbar für die Werte einer vielfältigen und offenen Gesellschaft einsetzen. Zum anderen richten sich solche hasserfüllten Diskurse gegen Angehörige jener Gruppen, die im Rechtsextremismus als nicht gleichwertig abgewertet werden.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat ebenfalls Auswirkungen auf die Gesellschaft in Sachsen-Anhalt. Wie bereits 2015/2016 steht das Land vor der Herausforderung, die Aufnahme, Unterbringung und Integration einer großen Zahl Geflüchteter zu organisieren. Dabei wird eine große Welle an Hilfsbereitschaft und Solidarität sichtbar. Daran wirken viele Beschäftigte und Projekte des Landes, der Kommunen, der Hilfsorganisationen und noch mehr ehrenamtlich Engagierte mit. Die 2015 gesammelten Erfahrungen sowie die geschaffenen Strukturen und Netzwerke haben einen großen Anteil daran, dass die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration erfolgreich bewältigt werden. Auch wenn ein großer Teil der Bevölkerung Schutzsuchende aus der Ukraine willkommen heißt, so gibt es weiterhin Teile in der Bevölkerung, die Zuwanderungsgruppen ablehnend gegenüberstehen. Vorhandene Ressentiments finden ihren Niederschlag nicht nur in Sorge und Skepsis einer lauten Minderheit, sondern auch in Rassismus und gewalttätigen Übergriffen gegen Menschen mit Migrationsgeschichte.

Wie weit Radikalisierung und Enthemmung gehen können, hat der antisemitisch und rassistisch motivierte Terroranschlag in Halle am

9. Oktober 2019 erschreckend verdeutlicht. Er stellt einen tiefen Einschnitt (nicht nur) für die hallische Stadtgesellschaft und das Land Sachsen-Anhalt dar. Die Tat hat zu einer starken Verunsicherung bei den religiösen Gemeinden, bei Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch bei vielen Engagierten im Land geführt. Diese Verunsicherung kann nicht allein durch Sicherheitsmaßnahmen abgebaut werden. Neben der solidarischen Reaktion und Unterstützung aus Zivilgesellschaft und Politik für die Betroffenen des Anschlags braucht es ein klares und nachhaltiges gesellschaftliches Signal, dass Staat und Zivilgesellschaft alles dafür tun werden, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und allen Formen von Hasskriminalität den Boden zu entziehen. Die Debatte um die Weiterentwicklung und die nachhaltige Gestaltung der Präventionsmaßnahmen gegen Antisemitismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird vor dem Hintergrund der Empfehlungen des Beirates zum Landesprogramm weiterhin zu führen sein.

Der Anschlag in Halle hat erneut die tödliche Dimension rechter Gewalt offenbart. Aber auch unterhalb dieses rechtsterroristischen Potentials bewegen sich die Fallzahlen der politisch rechts motivierten Kriminalität seit Jahren auf einem hohen Niveau. Rechts-extremisten stellen in Sachsen-Anhalt das größte extremistische Personenpotential dar. Der Rechtsextremismus wird auch in der nächsten Zeit den Inlandsextremismus in Sachsen-Anhalt in quantitativer und qualitativer Hinsicht dominieren. Auf Grund dieser strukturellen Entwicklung und der hohen Straftatenzahl wird der strategische und inhaltliche Schwerpunkt des Landesprogramms weiterhin auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus gelegt.

Damit wird nicht verkannt, dass auch Linksextremisten Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwenden und dabei Feindbilder ausweiten. Dabei wird vor gewalttätigen

Angriffen auf politische Gegner, rechte Gruppen sowie Polizistinnen und Polizisten nicht zurückgeschreckt. Neben eher situativen Anlässen bspw. im Rahmen von Demonstrationen sind auch gezielte und planvoll vorbereitete Gewaltstraftaten zu verzeichnen. Hier braucht es in der Präventionsarbeit zielgruppenadäquate Maßnahmen, die zur Entwicklung von Deeskalationsstrategien beitragen. Gewaltanwendung als Mittel politischer Auseinandersetzungen darf in Sachsen-Anhalt keinen Platz haben.

Zugleich ist Sachsen-Anhalt auch von politischem Extremismus in Form des Islamismus in verschiedenen Ausprägungen betroffen. Gemeinsamer Nenner aller islamistischen Strömungen ist die Überzeugung, dass der Islam nicht nur eine persönliche, private Sache ist, sondern auch das gesellschaftliche Leben und die politische Ordnung bestimmt. Neben der Erscheinungsform des Salafismus sind auch sogenannte legalistische Strömungen, wie die Muslimbruderschaft, in Sachsen-Anhalt aktiv und versuchen islamistische Ideologie zu verbreiten. Insbesondere das Internet wird von islamistischen Terroristen zur Ideologisierung und Rekrutierung genutzt. Vor diesem Hintergrund bilden die Auseinandersetzung mit Islamismus, die Prävention von religiös motivierten Radikalisierungsprozessen, die Aufklärung über den Islam und geeignete Maßnahmen zur Deradikalisierung einen weiteren Schwerpunkt des Landesprogramms.

Unabdingbare Voraussetzung für eine lebendige Demokratie sind aufgeklärte, gut informierte Bürgerinnen und Bürger, die in der Lage sind, Tatsachen, die von unabhängigen Instanzen verifiziert wurden, von Propagandalügen zu unterscheiden. Daher sind die Versuche von Extremisten, die öffentliche Meinungsbildung durch die Verbreitung von Verschwörungsnarrativen zu manipulieren und die freiheitliche demokratische Grundordnung auf diese Weise zu delegitimieren, eine ernstzunehmende Gefahr für unsere

Demokratie. Aber auch autokratische Staaten betreiben innerhalb der westlichen Gesellschaften Desinformationskampagnen mit dem Ziel, diese Gesellschaften zu spalten und das Vertrauen in die Demokratie zu untergraben. Im Sinne einer „Hybriden Bedrohung“ können fremde Staaten verschiedene Werkzeuge verwenden, um illegitim in diese Bereiche hineinzuwirken und die Sicherheitsinteressen, die politische Willensbildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu beeinträchtigen.

Ziele des Landesprogramms

Ausgrenzung, Hass und Gewalt aufgrund von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind noch immer Teil der Alltagserfahrung vieler Menschen, auch in Sachsen-Anhalt. Dieser Realität entgegenzuwirken und alle Menschen in ihrer Vielfalt und Individualität zu schützen und zu stärken, ist Ziel des vorliegenden Landesprogramms.

Landesregierung, Verwaltung, Parteien, Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Gewerkschaften und die vielen Engagierten im Land setzen sich entschlossen für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt ein. Das Landesprogramm ist dem Leitgedanken verpflichtet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt über vielfältige Angebote der Demokratieförderung, Prävention und Intervention zu intensivieren. Mit dem Landesprogramm soll die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Es sollen möglichst viele in Sachsen-Anhalt lebende Menschen dafür gewonnen werden, sich zu engagieren und eine menschenrechtsorientierte, demokratische und plurale Alltagskultur mitzugestalten. Insbesondere junge Menschen, die aktiv an einer vielfältigen Zivilgesellschaft mitwirken wollen, möchte das Landesprogramm dabei unterstützen. Projekte und Maßnahmen, die die demokra-

tische, politische Kultur und das Engagement in ländlichen Räumen stärken, sollen besondere Berücksichtigung finden.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit möchte die bereits in Sachsen-Anhalt erfolgreich wirkenden Bundes- und Landesprogramme sowie die vor Ort entwickelten Ansätze, Strukturen und Angebote in einer gemeinsamen Strategie zusammenführen. Dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit liegt eine starke Vernetzungsfunktion inne. So hat der Beschluss des Beirats zum Landesprogramm in der 7. Legislaturperiode wesentlich die Erarbeitung des Landesprogramms für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus unterstützt. Das Zusammenwirken dieser Programme und die Vernetzung zu weiteren Landesprogrammen und Maßnahmen in den Bereichen Engagement-, Integrations- und Jugendförderung, Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Akzeptanz von LSBTIQ* ist sicherzustellen.

Für das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit am Ende der 7. Legislaturperiode folgende Schwerpunktsetzungen definiert:

- Verstärkung der Arbeit gegen Antisemitismus,
- Verankerung Demokratiebildung in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung,
- Aufbau von demokratischen Beteiligungsstrukturen (z.B. in der Jugendarbeit),
- Stärkung der Demokratiearbeit in Strukturen wie dem organisierten Sport,
- Angebot von Medienkompetenztraining und Radikalisierungsprävention im Netz,

- Verstärkte Arbeit mit radikalisiertungsgefährdeten Personen,
- Ausbau von interkultureller und interreligiöser Begegnung und Jugendaustausch,
- Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit.

Von diesen Überlegungen ausgehend soll das Landesprogramm insbesondere

- demokratische Werte, gesellschaftspolitische Handlungskompetenz sowie bürgerschaftliches Engagement im Sinne des Landesprogramms stärken,
- die Akzeptanz religiöser, kultureller, ethnischer, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern,
- das demokratische Gemeinwesen sowie das Engagement für Teilhabe und Diversity stärken,
- Demokratiebildung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie der Jugend- und Erwachsenenbildung unterstützen,
- zum Abbau und zur Prävention von Rechtsextremismus sowie Rassismus und aller anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Islamfeindlichkeit, LSBTIQ*-Feindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus, in unserer Gesellschaft beitragen,
- Projekte fördern, die gezielt jüdisches Leben im Land unterstützen und sichtbar machen sowie Antisemitismus entgegenwirken,
- Betroffene von Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Wahrnehmung ihrer Rechte stärken,
- auf rechts motivierte und rassistische Gewalt sowie vorurteilsmotivierte Gewalt und Hasskriminalität mit Unterstützungsangeboten für Betroffene reagieren,
- eine kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen fördern, vor allem in der Erscheinungsform des politisch motivierten Extremismus sowie des Islamismus und Salafismus,
- zur Prävention von Radikalisierungsprozessen beitragen,
- Menschen, die rechtsextremistische oder religiös radikalisierte Gruppierungen verlassen wollen, beziehungsweise Angehörige, die Personen bei diesem Prozess begleiten möchten, informieren, beraten und unterstützen,
- Bürgerdialoge und andere Austauschformate fördern, die die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Land und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe verbessern,
- neue Formate der demokratischen Teilhabe von Menschen und Gruppen entwickeln, die bisher noch nicht erreicht werden konnten,
- Medienkompetenz vermitteln, innovative Gegenstrategien fördern und über Hass im Netz aufklären,
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Fachkräfte für die Vermittlung von menschenrechtsorientierten Werten und in den weiteren genannten Handlungsfeldern fortbilden,
- durch beratende und wissenschaftliche Begleitung innovative Projektansätze identifizieren und in nachhaltige Strukturen überführen.





Aktive
Bürgergesellschaft –
Lebendige Demokratie
gestalten

1

Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten

Eine aktive Bürgergesellschaft begründet die Basis für eine gemeinsame Strategie für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit. Dieser bisher im Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit verankerte Ansatz wird auch zukünftig weiterverfolgt. Mit dem Landesprogramm sollen Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Teilhabe an menschenrechtsorientierten, demokratischen und pluralen Alltagskulturen in einer engagierten und aktiven Zivilgesellschaft eingeladen werden.

● **Bürgerschaftliches Engagement – ein Grundpfeiler der Demokratie**

Eine demokratische und soziale Gesellschaft setzt großes Vertrauen in engagierte Bürgerinnen und Bürger. Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere und die demokratische Mitgestaltung eines solidarischen Miteinanders sind von wesentlicher Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

In den letzten Jahren hat das freiwillige Engagement einen deutlichen Aufschwung erlebt. Die Landesregierung möchte durch die Entwicklung einer Engagementstrategie die Förderung des Engagements, den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Solidarität zwischen den Generationen weiter stärken. Die Zivilgesellschaft ist dabei eine verlässliche Partnerin des Staates, auf die er angewiesen ist. Das zeigt sich vor allem in Krisensituationen – wie zuletzt in der Corona-Pandemie oder in der Unterstützung ukrainischer Geflüchteter. Dazu braucht es Netzwerkstrukturen zur Engagementförderung, die es auf

allen Ebenen weiter auszubauen gilt. Ehrenamtliches Engagement fördert eigene Potentiale, vermittelt neue Fähigkeiten und bietet vielfältige Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitgestaltung. Dazu braucht es neben stabilen Netzwerkstrukturen ebenso Einrichtungen und Ansprechpersonen zur Engagementförderung auf allen Ebenen. Auch zukünftig werden Menschen darin unterstützt, sich für eigene und gesellschaftliche Aufgaben stark zu machen. Dafür sollen die Bildungsangebote, Unterstützungsstrukturen, Rahmenbedingungen und Netzwerke für bürgerschaftliches Engagement, auch im Rahmen der Engagementstrategie des Landes, weiterentwickelt werden. Vereine und Verbände sind prägender Teil der Zivilgesellschaft, begleiten und stärken professionell das bürgerschaftliche Engagement und leisten einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft.

● **Zusammenhalt und Teilhabe in Zeiten des demografischen Wandels**

Der demografische Wandel bietet eine Chance, das Bewusstsein für Demokratie und Teilhabe zu festigen und die Bürgerinnen und Bürger für politische Themen zu sensibilisieren. Die aktive Mitgestaltung von Veränderungsprozessen vor Ort stärkt den Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Gemeinwesen und eröffnet den Menschen die Möglichkeit, die Potentiale und Ergebnisse einer Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu erleben. Die Altersstruktur in der Bevölkerung verlangt insbesondere in den Städten und Gemeinden nach neuen Wegen im Zusam-

menspiel von Kommunen, Trägern, Verbänden und der Bürgerschaft, die das wachsende Interesse z. B. von Älteren, Jugendlichen, Zugezogenen u.a. an der Mitgestaltung und Mitverantwortung der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigen müssen.

Die 2011 gegründete Demografie-Allianz stärkt das bürgerschaftliche Engagement im ländlichen Raum und trägt dazu bei, das eigene Lebensumfeld aktiv mitzugestalten, im miteinander positive Unterstützung zu erhalten und sich mit seinem Gemeinwesen stärker zu identifizieren. Neben der konstruktiven Gestaltung des demografischen Wandels werden hier Menschen aller Gesellschaftsschichten und Altersgruppen zusammengebracht und dazu ermutigt, sich gemeinschaftlich für ihr soziales Umfeld zu engagieren. Dieses Engagement zu begleiten und anzuerkennen ist ein essentieller Beitrag zur Demokratieförderung in unserem Land.

● Zivilgesellschaft vor Ort

Das aktive Eintreten für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie die Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit bedürfen der Zusammenarbeit von Politik, Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Gerade in einem ländlich strukturierten Land wie Sachsen-Anhalt ist die Kommune ein zentraler Ort, an dem Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit gelebt werden.

Vielerorts haben sich in Sachsen-Anhalt ehrenamtliche Bündnisse und Initiativen gegründet, um durch aktives, demokratisches Handeln vor Ort Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt

Demografiepreis Sachsen-Anhalt

Mit dem Demografiepreis würdigt das Land Sachsen-Anhalt seit 2013 das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Zugleich trägt der Wettbewerb dazu bei, erfolgreiche Projekte bekannter zu machen und andere zum Nachahmen anzuregen. Ziel ist es, das Engagement der Menschen für andere und für ihre Heimatregion in besonderer Weise zu würdigen. Zusammenhalt, Solidarität und die Gestaltung des demografischen Wandels durch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort stehen dabei im Mittelpunkt.

Ausgelobt wird der Demografiepreis in den Themenfeldern: Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Fach- und Nachwuchskräfte fördern sowie Chancen der Digitalisierung nutzen. Dabei werden insbesondere die Ideen und Zielsetzungen, der Innovationsgehalt, die Nachhaltigkeit sowie die Übertragbarkeit auf andere Regionen und Anwendungsfelder in die Bewertung einbezogen. Träger ist das Ministerium für Infrastruktur und Digitales.



Demokratie Leben!

Partnerschaften für Demokratie

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. In diesen Partnerschaften für Demokratie kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie. In Partnerschaften für Demokratie entwickeln Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland lokale Handlungsstrategien, um Demokratie und Vielfalt zu stärken

und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten.



entgegenzuwirken und gezielt mit Menschen mit Migrationsgeschichte lokal zusammenzuarbeiten. Bündnisse und Initiativen werden häufig von dem Engagement der Kirchen, der Gewerkschaften, von Bildungseinrichtungen, Frauenzentren, Jugend- und Kulturvereinen getragen. Auf Grund ihrer Unabhängigkeit und lokalen Verankerung können sie den Herausforderungen vor Ort schnell begegnen. In den „Partnerschaften für Demokratie“, die sich im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ direkt vor Ort für die Demokratie einsetzen, erarbeiten Engagierte aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft eine den lokalen Erfordernissen angepasste Strategie zur Stärkung einer lebendigen und vielfältigen Alltagskultur. So wirken immer mehr Aktive aus der Kommunalpolitik, der Jugendarbeit, den Vereinen und Verbänden, der Wirtschaft und der Verwaltung vor Ort zusammen, um Demokratie und Vielfalt erlebbar zu machen. Die Gründung und Arbeit von lokalen Bündnissen und Initiativen für Demokratie werden gezielt gefördert und gestärkt. Zur Beteiligung von jungen Menschen sind in den „Partnerschaften für Demokratie“ Jugendforen verankert, die noch stärker vernetzt werden sollen.

Durch das landesweite Netzwerk für Demokratie und Toleranz erhalten lokale Initiativen zusätzlich regelmäßig Informationen über Aktivitäten auf Landesebene sowie über Förderprogramme und Aktionen anderer lokaler Zusammenschlüsse. Sie werden zu Workshops und Konferenzen eingeladen und können auf diesem Weg eigene landesweite oder lokale Projekte initiieren. Das Netzwerk fördert die demokratische Kultur in unserem Bundesland. Dazu gehören seit einigen Jahren auch Verbände aus Feuerwehr, Sport, Wohlfahrt, Gleichstellung und Migration, die im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ mitwirken und so ihre vereins- und verbandsinternen Strukturen demokratisch stärken.

Der Sport ist maßgeblicher Träger für ehrenamtliches Engagement, stellt er doch jenen Bereich in unserer Gesellschaft dar, in dem der

höchste Anteil ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird. Mit mehr als 3.000 Sportvereinen bietet der organisierte Sport des Landes Sachsen-Anhalt eine flächendeckende Struktur, die auf Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Teilhabe aller Vereinsmitglieder basiert. Der Landessportbund Sachsen-Anhalt e.V. bekennt sich als Dachverband der Sportorganisationen in seiner Satzung klar zu den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft. Er ist offen für alle sportinteressierten Menschen, er integriert sie in den Sport, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, Parteizugehörigkeit, geschlechtlicher und sexueller Identität oder gesellschaftlichen Stellung. Mit vielfältigen Angeboten bietet der Sport Gelegenheit für solidarisches, respektvolles und demokratisches Handeln, vermittelt und festigt ethische Werte wie Fairness und Toleranz. Zugleich wirkt er aktiv gegen Diskriminierung, politischen Extremismus, Gewalt und Querfeindlichkeit entgegen.

Der niederschwellige Zugang über künstlerische Methoden und Formate der Soziokultur erscheint für die Demokratiebildung aller Altersklassen und Milieus in besonderem Maße geeignet. Soziokulturelle Vereine und Zentren haben den Anspruch, Menschen in ihrer Vielfalt zusammen zu bringen und ihren Kulturen sowie künstlerischem Ausdruck Raum zu geben. Durch niederschweligen Kontakt und diversitätssensibel angeleiteten Austausch bietet die Soziokultur die Chance, transkulturelle Prozesse zu starten. Das kann einen wertschätzenden Umgang und den Abbau von Vorurteilen durch Selbsterkenntnis begründen. Da die Inhalte der Soziokultur sich am gesellschaftlichen Diskurs orientieren, übernehmen soziokulturelle Akteure und Akteurinnen seit Jahren politische Verantwortung und gestalten gesellschaftliches Zusammenleben im Rahmen von Kulturprojekten mit. Dabei werden unterschiedliche Dimensionen der Vielfalt berücksichtigt; Projekten für Geschlechtergerechtigkeit bietet die Soziokultur beispielsweise ebenso Platz wie Projekten gegen Hass im Netz.



Menschlichkeit und Toleranz im Sport

Die primäre Aufgabe des Projektes in Trägerschaft des Landessportbundes Sachsen-Anhalt e.V. besteht darin, ein diskriminierungsfreies Zusammenleben nach demokratischen Regeln gemäß den Satzungen von Mitgliedern in ihren Sportvereinen zu unterstützen. Deshalb wendet sich „MuT“ an alle Vereinsmitglieder, die gezielt sensibilisiert und geschult werden, um diskriminierende, antidemokratische und extremistische Tendenzen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Diese Schulungen werden von ausgebildeten Demokratietrainer*innen- und Konfliktmanager*innen im Sport (DKS) durchgeführt. Darüber hinaus stehen die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen im organisierten Sport kostenlos als Berater*innen und Mediator*innen zur Verfügung. Kooperationspartner sind das Ministerium für Inneres und Sport, das Ministerium für Arbeit, Soziales Gesundheit und Gleichstellung, die Sportjugend, der Fußballverband, Landesschützenverband und der Basketballverband des Landes Sachsen-Anhalt. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.



● Beratung und Unterstützung vor Ort

Die aktive Auseinandersetzung mit Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch bedarfsgerechte Angebote im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus unterstützt. Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus informiert über Aktivitäten und Hintergründe rechtsextremer Strömungen und bietet fachliche Expertise im Themenfeld. Die in allen Regionen Sachsen-Anhalts tätigen Mobilen Beratungsteams begleiten zivilgesellschaftliche Akteure in ihrem Engagement gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen, Handlungen und Aktionen. Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ entwickeln sie mit den Ratsuchenden vor Ort Lösungsstrategien und begleiten diese bei der Umsetzung. Ziel der gemeinwesenorientierten Beratungsarbeit ist der Aufbau langfristiger zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Auch die Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt informiert Amts- und Mandatspersonen, Behörden und Zivilgesellschaft über extremistische Strukturen in den Regionen und berät bei Bedarf über Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit solchen extremistischen Bestrebungen.

Das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalttaten bleibt besorgniserregend hoch. Hiervon sind Menschen mit Migrationsgeschichte oder einer ihnen zugeschriebenen ethnischen Zugehörigkeit besonders betroffen. Zunehmend geraten aber auch jene ins Visier rechts motivierter Täterinnen und Täter, die von ihnen als politische Gegnerinnen und Gegner identifiziert werden, z.B. in der Kommunalpolitik Engagierte oder Journalistinnen und Journalisten. Die Fachberatungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen Betroffene und deren Umfeld bei der Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen der Tat und bei der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit.



Beratungsnetzwerk
gegen Rechtsextremismus
Sachsen-Anhalt

Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus bietet fachkompetente Beratung an bei rechtsextremen Ereignissen sowie für Opfer rechter Gewalt. Mit Standorten in Salzwedel, Magdeburg, Dessau und Halle arbeiten flächendeckend in Sachsen-Anhalt Regionale Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt. Die Arbeit des Beratungsnetzwerks trägt seit 2007 dazu bei, die präventive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft zu stärken und zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie zu fördern.

Neben der Präventionsarbeit werden anlassbezogen gemeinsam mit den Beratungsnehmenden Strategien zum Umgang mit rechten Ereignislagen entwickelt. Ob eine Neonazi-Demonstration, die Rechtsrock-CD in der Schule oder rechtes Gedankengut im Jugend- oder Sportverein: Das Netzwerk steht für fachkompetente Beratung zur Verfügung für Kommunalpolitik, öffentliche Verwaltung, Schulen, Jugend- und Sportvereine, Verbände, Bündnisse gegen Rechts und weitere Aktive. Das Beratungsnetzwerk berät gegenwärtig zunehmend zu Verschwörungsideologien und Delegitimierung der demokratischen Institutionen, Wissenschaft und Presse durch das sog. Querdenkenspektrum und Verschwörungsgläubige, sowie zu Versammlungen von einer rechtsoffenen bis rechten und verschwörungsideologisch geprägten Mischszene.

Mit ihrem unabhängigen Monitoring dokumentiert die Opferberatung das Ausmaß politisch rechts motivierter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Sie unterstützt die Selbstorganisation (potentiell) Betroffener sowie Initiativen, die sich für Betroffene rechter Gewalt und

für eine solidarische Gesellschaft einsetzen. Dort wo Diskriminierung und Rassismus die Teilhabe verhindern, steht den Betroffenen eine Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus & Diskriminierung zur Seite. Diese dokumentiert angezeigte Fälle von Diskriminierung aufgrund rassistischer, ethnischer und religiöser Zuschreibungen und sensibilisiert über die Mitarbeit in landes- und bundesweiten Gremien und Netzwerken gesamtgesellschaftlich für die Problemlage.

Eine lebendige Demokratie hängt ganz wesentlich von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ab, sich politisch und sozial vor Ort zu engagieren. Umso besorgniserregender sind Angriffe auf kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger. Wer sich in den Dienst des Gemeinwesens stellt, sollte nicht befürchten müssen, sich wegen seines Engagements besonderen Risiken für Leib und Leben auszusetzen. Es sollen daher geeignete Präventionsmaßnahmen ergriffen werden, um für Amts- und Mandatspersonen in Sachsen-Anhalt Sicherheit zu gewährleisten.

● **Unterstützung für jüdisches Leben, Kampf gegen Antisemitismus**

Ergänzt wird diese Beratungslandschaft durch eine dezidierte Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle, die neben der Beratung von Betroffenen, Angehörigen sowie Zeuginnen und Zeugen auch Fachberatungen für Institutionen anbietet. Die Beratungsstelle arbeitet eng mit einer Recherche- und Meldestelle Antisemitismus zusammen, welche sich mit dem Monitoring antisemitischer Vorfälle nach bundesweit einheitlichen Vorgaben beschäftigt. Hierdurch wird im Land ein starkes Netzwerk geknüpft, damit antisemitische Vorfälle intensiver in den Blick genommen werden, die Betroffenen Hilfe erfahren sowie Politik und Gesellschaft Anregungen für ihr demokratisches Handeln bekommen.



Beratungsstelle OFEK

OFEK e.V. ist die erste Beratungsstelle, die auf Antisemitismus spezialisiert ist. OFEK berät Betroffene, ihre Angehörigen, Zeuginnen und Zeugen sowie Institutionen nach antisemitischen Vorfällen. Mit eigenem Büro, einer Hotline und umfassenden Beratungsleitungen auf Anfrage bietet OFEK auch in Sachsen-Anhalt zielgerichtete Unterstützung bei Antisemitismus vor Ort.

OFEK Sachsen-Anhalt kooperiert lokal mit dem Landesverband jüdischer Gemeinden, der Mobilien Opferberatung Sachsen-Anhalt und arbeitet in engem Austausch mit weiteren regionalen und überregionalen Projekten und Strukturen im Land Sachsen-Anhalt.

Seit Februar 2022 ist OFEK e.V. Träger der Meldestelle Antisemitismus RIAS Sachsen-Anhalt. Die Meldestelle dokumentiert landesweit antisemitische Vorfälle, verweist an Beratungsangebote und informiert über aktuelle Entwicklungen.



Meldestelle
Antisemitismus
RIAS Sachsen-Anhalt

„Interaktive Visualisierung der jüdischen Geschichte Gröbzig“

Der ehemalige Synagogenkomplex der jüdischen Gemeinde in Gröbzig stellt ein einzigartiges und bedeutendes Zeugnis der jüdischen Geschichte Anhalts dar. Er ist neben dem Friedhof die einzige sichtbare Spur des jüdischen Lebens der Stadt. Der Museumsverein Gröbziger Synagoge e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die heute unsichtbaren Geschichten der ehemaligen Gemeindemitglieder in digitaler Form zu visualisieren. Hierbei sollen vielfältige Bereiche wie Wirtschaft, Politik und religionsübergreifendes Zusammenleben beleuchtet werden. Dieses Vorhaben wird auf der Online-Plattform Jewish Places realisiert, wo die Möglichkeit besteht, virtuelle Stadtspaziergänge zu unterschiedlichen Themen zu erstellen. Das Angebot richtet sich an Touristinnen und Touristen, die die Stadt aus einer neuen Perspektive kennenlernen möchten sowie an Bildungseinrichtungen.



Der Koalitionsvertrag bekräftigt die bereits bestehende enge Verzahnung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit mit dem Landesprogramm für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus. Das Ziel, Projekte zu fördern, die gezielt jüdisches Leben unterstützen und sichtbar machen sowie Antisemitismus entgegenwirken, ist nunmehr ausdrücklich in der Präambel zum Demokratie-Programm verankert.

Wichtig ist es, die notwendige Fachlichkeit von entsprechenden Projekten weiter zu stärken, Fragen zu den angestrebten Zielen und Zielgruppen zu reflektieren und eine Differenzierung sicherzustellen, die etwa zwischen notwendiger Begegnung mit jüdischem Leben und dem Kampf gegen Antisemitismus unterscheidet oder auch zwischen Prävention und Intervention. Noch immer viel zu oft vorzufindenden Stereotypen ist entgegenzuwirken. Notwendig sind zeitgemäße Kriterien für die Qualität von Projekten und deren Implementierung und Begleitung.

Besondere Herausforderungen bestehen mit Blick auf zunehmenden Hass in den sozialen Medien und auf Weltbilder von Verschwörungserzählungen, die gerade im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie viel Zulauf gefunden haben. Projekte, die sich an Erwachsene wenden, sollten vermehrt neben solche für Kinder und Jugendliche treten. Es ist Anliegen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit, dass auch islamischer und israelbezogener Antisemitismus mit in den Blick genommen wird. Dialogische oder dialogische Formate können hier hilfreich sein.

● Prävention und Deradikalisierung

Unter dem Dach des Landesprogramms werden Zugänge zu jungen Menschen mit Affinitäten zu extremistischen Ideologien erschlossen, um demokratieablehnenden und menschenfeindlichen Haltungen pädagogisch zu begegnen. Hierbei soll jungen Menschen unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes Wege aufgezeigt werden, sich von politisch oder religiös motivierten Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu distanzieren. Ziel der Präventionsarbeit ist es, Radikalisierungen früh zu erkennen und Ansatzpunkte zu finden, ihnen mit pädagogischen, sozialräumlichen und politischen Maßnahmen entgegenzuwirken. Bei der Ausgestaltung der Präventions- und Deradikalisierungsangebote gilt es, auch die Zielgruppe der Erwachsenen zu berücksichtigen.

In verschiedenen Präventions- und Deradikalisierungsprojekten konnten zudem Kenntnisse gewonnen werden, um den Ausstieg bzw. die Distanzierung von rechtsextremen Ideologien oder Milieus zu unterstützen, wobei die Fortführung dieser Bemühungen weiterhin ein Kernanliegen bleibt. So unterstützt die „Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus“ landesweit Beratungsstellen der Ehe-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen an Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext von Rechtsextremismus und Familie. Ziel ist es, Distanzierungsprozesse vom Rechtsextremismus zu fördern bzw. den Einstieg von Kindern und Jugendlichen in die rechte Szene zu verhindern. Fachkräfte werden dabei unterstützt, Handlungssicherheit in Bezug auf die Thematik in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern zu erlangen.

Seit dem Jahr 2014 begleitet und unterstützt die Ausstiegshilfe EXTRA (Extremismus-Ausstieg) als bislang einziges Angebot zur tertiären Prävention erfolgreich ausstiegswillige rechtsextremistische Personen bei der Lösung von der Szene und der Deradikalisierung. Im Mittelpunkt stehen dabei die Abkehr von

EXTRA – Extremismus-Ausstieg

Das vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt getragene Ausstiegshilfeprogramm EXTRA (Extremismus-Ausstieg) unterstützt seit dem Jahr 2014 erfolgreich ausstiegswillige Menschen bei der Deradikalisierung und der Lösung aus extremistischen Lebensbezügen.

Die persönliche Unterstützung und Begleitung von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten während eines freiwilligen und selbstmotivierten Ausstiegs als Hilfe zur Selbsthilfe bildet den Schwerpunkt der Arbeit von EXTRA. Ziel ist die Abkehr von rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungsmustern sowie das Lösen radikalierungsbegünstigender (sozialer) Begleitprobleme.

Als Angebot im Bereich der tertiären Prävention zielt die Arbeit von EXTRA darauf ab, im kooperativen Zusammenwirken mit Ausstiegswilligen nach erkannten Regelverletzungen durch geeignete präventive Maßnahmen weitere Regelverletzungen zu vermeiden, persönliche Folgeprobleme zu lösen und negative Auswirkungen einer Radikalisierung (für Aussteiger ebenso wie für die Gesellschaft) zu verhindern. Damit nimmt EXTRA auch Aufgaben der Prävention zum Schutz vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen wahr. EXTRA ist eine gut etablierte und anerkannte Einrichtung in der Beratungslandschaft. Nach erfolgreicher und positiver Evaluation wurde EXTRA, das zunächst als Modellprojekt gestartet war, im Jahr 2022 als Regelangebot etabliert.



rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungsmustern, das Lösen radikalisierungsbegünstigender (sozialer) Begleitprobleme und die Vorbildwirkung für andere Ausstiegswillige.

Im Interesse und einer gemeinsamen ganzheitlichen Präventionsstrategie gegen extremistische Haltungen und Ideologien ist es sinnvoll und geboten, daran anzuknüpfen und auch Strategien und Maßnahmen zu entwickeln und auszubauen, um islamistischen und salafistischen Radikalisierungen vorzubeugen. Angesichts der gravierenden Unterschiede in den Extremismen bei Radikalisierungsmotivationen, ideologischen Beweggründen oder Zielvorstellungen bedarf es differenzierender Betrachtungsweisen. Handlungsempfehlungen müssen abhängig von jeweiligen Spezifika ausfallen. Dabei sind bei islamistischen und salafistischen Radikalisierungen z.B. immer auch religiös-weltanschauliche Vorstellungen sowie kulturelle und lebensweltliche Aspekte zu beachten.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, Prävention in Sachsen-Anhalt so zu gestalten, dass bereits im Vorfeld und in Frühphasen eine Radikalisierungstendenz erkannt wird, um eine stärkere Identifizierung mit der islamistischen/salafistischen Ideologie und Bewegung zu verhindern. Dieser Ansatz beschränkt sich nicht nur auf eine Arbeit mit potentiell „gefährdeten“ Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auch staatliche und kommunale Einrichtungen sowie zivilgesellschaftlich Engagierte sollen im Rahmen des Landesprogramms im Sinne eines differenzierten Umgangs mit Fragen von Religion, Identität und islamischen Glaubenswelten sensibilisiert werden. Die Präventionsmaßnahmen richten sich an Mitarbeitende, die im Zusammenhang mit jugendphasentypischen Suchbewegungen und Konflikten mit islamistischen/salafistischen Ansprachen in Kontakt kommen können. Darüber hinaus sollen auch jene Akteurinnen und Akteure angesprochen werden, die Einfluss auf eine Veränderung des

öffentlichen Diskurses sowie jene politischer Rahmenbedingungen haben, die einer Teilhabe und Zugehörigkeit von Menschen muslimischen Glaubens und von Menschen mit Migrationsgeschichte entgegenstehen (z. B. Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker, Fachkräfte für Lehrpläne und Lernmaterialien). Schließlich richtet sich die Präventionsarbeit auch an Jugendliche und junge Erwachsene, um ihnen Alternativen zu islamistischen/salafistischen Deutungs- und Gemeinschaftsangeboten aufzuzeigen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Analog werden diese Ansätze und Handlungsfelder bei der Prävention und Deradikalisierung von rechtsextremen Einstellungen weiterhin forciert. Erfolgreiche Beispiele für solche Sensibilisierungsmaßnahmen gibt es bereits. So führen freie Träger sowie die Verfassungsschutzbehörde regelmäßig Schulungen in der öffentlichen Verwaltung und in den Justizvollzugsanstalten durch, bei denen die Mitarbeitenden u.a. lernen, wie sie Hinweise auf mögliche Radikalisierungsprozesse identifizieren können.

Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen und geschlechtlichen Identität sind schwerwiegende Verstöße gegen das demokratische Selbstverständnis. Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung sind erklärte Ziele des Landesprogramms. Das Land setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt ein selbstbestimmtes, unabhängiges und freies Leben führen und in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens in gleicher Weise teilhaben und mitbestimmen können. Betroffene sind zugleich wichtige Personen, die sich in Selbstvertretungen organisieren und ihre Stimme in den öffentlichen Raum einbringen. Deshalb verfolgt die Landesregierung Strategien zur Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierung und besonders zur Stärkung der Anerkennung von Diversität. Beispiele sind der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die

Landesprogramme für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt, das Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und Intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) und das Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus.

Insbesondere im ländlichen Raum sind Selbstvertretungen und Unterstützungsnetzwerke häufig nicht hinreichend vorhanden. Mit dem Auf- und Ausbau von Beratungsangeboten für von Diskriminierung Betroffene sowie durch die Vernetzung verschiedener Selbstvertretungen sollen Betroffene unterstützt und die Mitmenschen für Alltagsdiskriminierung sensibilisiert werden.

● Netze knüpfen für Demokratie

Die Vernetzung einzelner Handlungsfelder und ihrer Akteurinnen und Akteure ist nicht nur auf lokaler Ebene ein wichtiges Element für den Erfolg des Ganzen, auch auf Landesebene werden Strukturen benötigt, die ein gemeinsames und aufeinander abgestimmtes Handeln in den Bereichen Radikalisierungsprävention, Demokratie- und Engagementförderung ermöglicht. Dazu werden sich die Akteurinnen und Akteure des Landesprogramms für die Umsetzung des Maßnahmenpakets der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus und für das Demokratiefördergesetz weiter einsetzen sowie an der Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie aktiv begleiten.

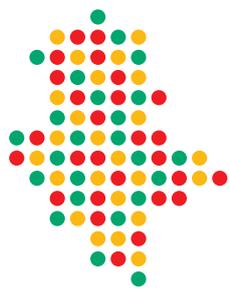
Die Landeskoordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ führt die Handelnden dieses Landesprogramms, der Partnerschaften für Demokratie, des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus und der Modellprojekte zusammen und unterstützt den Aufbau einer nachhaltigen Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene. Ziel ist es, überregionale



und lokale Maßnahmen der Prävention und Intervention im Themenfeld zu bündeln und zu vernetzen. Die Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt seit 2005 Akteure im Land Sachsen-Anhalt, die mit dem Ziel der Stärkung der demokratischen Kultur in unserem Bundesland aktiv sind.

Übergreifende Zielsetzungen sind die Sensibilisierung der Bevölkerung in der Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus, die Vernetzung und Beratung lokaler und landesweiter Personen und Organisationen sowie Angebote von Information, Qualifizierung und Förderung für Ehren- und Hauptamtliche.





Bildung
für eine
demokratische
Gesellschaft

2

Bildung für eine demokratische Gesellschaft

Bildung im 21. Jahrhundert beginnt mit der frühen Kindheit und begleitet uns bis ins hohe Alter. Die Bildungseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt müssen Grundlagen der Demokratie kontinuierlich vermitteln. Deshalb fördert das Land Sachsen-Anhalt lebensbegleitende Demokratiebildung. Das umfasst politische Bildung, Partizipation, demokratische Alltagsgestaltung, Anerkennung von Vielfalt, kulturelle Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement. Lebensbegleitendes soziales, inter- und transkulturelles Lernen eröffnet Räume für die Entwicklung von Wissen, Kompetenzen und Haltungen, die für Mitbestimmung und Mitgestaltung in einer demokratischen Gesellschaft wesentlich sind. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm Demokratiebildung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie der Jugend- und Erwachsenenbildung, um demokratisches Handeln und Denken zu erlernen, einzuüben und selbstständig im Alltag anzuwenden. Demokratiepädagogik soll in der Aus-, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte stärker verankert werden.

● **Frühe Bildung: Kindertageseinrichtungen**

Kindertageseinrichtungen sind der Ort, an dem die Jüngsten unserer Gesellschaft erstmals in ihrem Leben in größeren Gruppen agieren und damit ihre sozialen Kompetenzen substanziell entwickeln können. Hier lernen Kinder Gemeinschaft, gesellschaftliche Vielfalt, aber auch Ungleichbehandlungen und Diskriminierung kennen. Um ihr Recht auf demokratische Teilhabe wahrnehmen zu können, müssen Kinder

entsprechende Kompetenzen entwickeln und erproben können.

Das Programm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte im Land Sachsen-Anhalt beinhalten bereits viele dieser Impulse. Um demokratische Bildung und Teilhabe in den Kindertageseinrichtungen zu gestalten, werden die Inhalte des Bildungsprogramms „Bildung: elementar“ weiterentwickelt und um neue Inhalte wie Demokratiebildung, Kinderrechte, interkulturelle Bildung, Umwelt- sowie Medienbildung erweitert.

Das Landesprogramm fördert daher Maßnahmen, die

- die demokratische Teilhabe von Kindern in den Kindertageseinrichtungen zum Ziel haben,
- einen wertschätzenden Umgang mit sozialer und kultureller Vielfalt anregen,
- die Aufklärung über und einen kritischen Umgang mit Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt beinhalten,
- Resilienz und Selbstwirksamkeit fördern und die Kinder dazu befähigen, selbst gegen Ungerechtigkeit und Ausgrenzung aktiv zu werden,
- Partizipation im KiTa-Alltag für alle Kinder ermöglichen,
- Anerkennung von Vielfalt und Vorurteilsprävention in Erziehungspartnerschaften und im Sozialraum thematisieren,

- innovative Ansätze entwickeln bzw. auf eine größere Breitenwirkung bewährter Ansätze abzielen,
- eine Qualitätssteigerung der Demokratiebildung in den Kindertageseinrichtungen bewirken.

● Demokratiebildung an Schulen

Das pädagogische Handeln in Schulen wird von Werten und Haltungen getragen, die sich aus dem Grundgesetz, der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt und aus der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ableiten lassen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist der Kern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und damit auch des pädagogischen Handelns an der Schule. So heißt es im § 1 des Schulgesetzes unter anderem: „Schule ist insbesondere gehalten,

- die Schülerinnen und Schüler zur Achtung der Würde des Menschen, zur Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, zur Anerkennung und Bindung an ethische Werte, zur Achtung religiöser Überzeugungen, zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit und zu friedlicher Gesinnung zu erziehen,
- die Schülerinnen und Schüler auf die Übernahme politischer und sozialer Verantwortung im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorzubereiten,
- die Schülerinnen und Schüler zu individueller Wahrnehmungs-, Urteils- und Entscheidungsfähigkeit in einer von neuen Medien

OPENION

Sachsen-Anhalt Bildung
für eine starke
Demokratie

In lokalen Verbänden entwickeln erwachsene Begleitpersonen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zeitgemäße Praxisprojekte der Demokratiebildung. Durch kreatives Ausprobieren und mutiges Selbermachen entstehen neue Impulse für die lebensnahe Demokratiebildung. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung begleitet und berät die lokalen schulart- und trägerübergreifenden Projektverbände, vernetzt Landesaktivitäten und trägt zu einem systematischen Austausch der Ideen und Erfahrungen der Demokratiebildung in Sachsen-Anhalt bei.



und Kommunikationstechniken geprägten Informationsgesellschaft zu befähigen,

- die Schülerinnen und Schüler zu Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt und zur Völkerverständigung zu erziehen sowie zu befähigen, die Bedeutung der Heimat in einem geeinten Deutschland und einem gemeinsamen Europa zu erkennen.

Die fachlichen Grundlagen für die Demokratiebildung an den Schulen in Sachsen-Anhalt bilden das Schulgesetz und die Handlungsempfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK) „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ und „Menschenrechtsbildung in der Schule“. Ziel dieser Empfehlungen ist es, die Länder in ihren Bemühungen zu unterstützen, junge Menschen in ihrem Engagement für eine demokratische Gesellschaft

und ihrem entschiedenen Eintreten gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen zu bilden und zu stärken.

Gemäß Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt sind alle Schulen angehalten, politische Bildung und Demokratieerziehung in den Mittelpunkt des pädagogischen Handelns zu stellen. In den Lehrplänen ist Politische Bildung bzw. Demokratiebildung als fächerübergreifendes und handlungsorien-

Grundlage hierfür bildet der „Referenzrahmen der Kompetenzen für Demokratische Kultur“ des Europarates:



tiertes Prinzip demokratischer Schul- und Unterrichtskultur verankert. Wichtigstes Ziel muss es dabei sein, bei den Schülerinnen und Schülern neben dem Wissen um gesellschaftliche Zusammenhänge, politische Beteiligungsrechte und demokratische Strukturen Kompetenzen für deren Gebrauch zu vermitteln, um damit demokratisches Engagement und aktive Teilhabe erfahr- und erlebbar zu machen.

● Politisch-historische Bildung

Die Erinnerungskultur ist Teil historisch-politischer Bildung und somit auch Gegenstand des demokratischen Lernens. Gedenkstätten bieten die Möglichkeit, geschichtliche Entwicklungen an authentischen Orten kennenzulernen. Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt trägt dazu bei, das Wissen um die Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen zu bewahren. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu vermitteln.

In Verbindung mit Ausstellungen sowie pädagogischen und kulturellen Angeboten fördern Gedenkstätten die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart. Indem sie die Konsequenzen fehlender Menschenrechte vor Augen führen, ermöglichen Gedenkstätten Impulse für Zivilcourage und für das Engagement für Menschenrechte und Demokratie.

Gedenkstättenbesuche werden als Teil der politisch-historischen Bildung und der Erinnerungskultur sowohl im Themenfeld des Nationalsozialismus als auch in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit explizit im Lehrplan des Faches Geschichte an den weiterführenden Schulen empfohlen. Die Landeszentrale für politische Bildung fördert seit 2019 die Fahrtkosten der Schülerinnen und Schüler und der

pädagogischen Begleitung der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen als Vollfinanzierung. Die Landeszentrale für politische Bildung fördert Besuche zu ehemaligen Vernichtungslagern, wie Auschwitz, Treblinka und Babyn Jar und bietet Zeitzeuginnen- und Zeitzeugengespräche, Schulprojektstage und umfangreiche Lehrmaterialien für alle Altersgruppen an. Diese Angebote sind fortzusetzen und zu stärken. Ziel soll es sein, jedem und jeder Jugendlichen im Laufe des Schullebens den Besuch eines Gedenkortes zu ermöglichen. Nicht zu vergessen ist die historische Bildungsarbeit des Landesarchivs Sachsen-Anhalt, insbesondere zur Zeit des Nationalsozialismus und zur Geschichte der DDR und zum Judentum im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts. Die Angebote des Landesarchivs stehen u.a. Lehrkräften und der Schülerschaft kostenlos zur Verfügung und ermöglichen einen Blick auf authentische Schilderungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Eine zunehmende Herausforderung für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit und die damit verknüpfte Bildungsarbeit ist das Fehlen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zur Shoah aufgrund des fortgeschrittenen Alters. Hier wird zukünftig stärker auf Vermittelnde aus der zweiten und dritten Generation, auf Visualisierungstechniken (Augmented Reality, Virtual Reality, Avatare, Hologramme) und andere technische Lösungen zurückzugreifen sein.

● Interkulturelles Lernen

Schulen bereiten junge Menschen auf das Leben in einer globalisierten Welt vor. Sie haben unter anderem den Auftrag, die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte durch die Vermittlung interkultureller Kompetenzen und wechselseitigen Respekts zu unterstützen und möglichen fremdenfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten. Die interkulturelle Bildung und Erziehung ist fest in den Lehrplänen verankert und findet sich in den Schulprogrammen vieler sachsen-anhaltischer Schulen bzw. in den

Landestag „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Zum Abschluss des Landestages 2022 „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ herrschte ausgelassene Stimmung auf dem Steintorcampus in Halle. Der frühere Breakdance-Weltmeister Nico Hilger lieferte nicht nur eine Kostprobe seines Könnens ab und zeigte mit den Schülerinnen und Schülern seines Tanz-Toleranz-Workshops, was man in zwei Stunden alles lernen kann. Außerdem gab er den mehr als 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Landestags aus rund 100 Schulen am 21. September 2022 die Botschaft mit auf den Weg, dass sie die Welt mit ihrem Einsatz ein Stück besser machen könnten.

Damit war es erneut das größte Treffen des Courage-Schulnetzwerkes, zu dem die Landeszentrale für politische Bildung als Landeskoordination in Sachsen-Anhalt einmal im Jahr einlädt. Zuvor hatten sich die Schülerinnen und Schüler in Workshops mit dem Schwerpunktthema „Gemeinsam gegen Mobbing“ auseinandergesetzt. Weitere Workshops wandten sich den Themen Ukraine-Krieg und Antisemitismus, dem Umgang mit Stammtischparolen oder der Frage nach Gender und sexueller Identität zu. Parallel zu den Angeboten für Schülerinnen und Schüler gab es ferner ein Programm für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie für weitere Gäste – ebenfalls zum Thema Mobbing.



Ganztagsangeboten wieder. Die Servicestellen Interkulturelles Lernen in Sachsen-Anhalt bieten Schulen Beratung und Begleitung bei interkulturellen Lernprozessen an; die Landeskoordination des Courage-Netzwerks in der Landeszentrale für politische Bildung bietet Schulen Schulprojektstage und Lehrerfortbildungen zum Thema Diskriminierung an. Die Lernenden sollen ein Verständnis für einen respektvollen Umgang miteinander entwickeln und Erfahrungen aus interkulturellen Begegnungen nutzen, um den kulturellen, sprachlichen und religiösen Kontext im Klassenverband, in der Schule, im Wohnviertel oder im Bundesland zu entdecken und deren Bedeutung für das Miteinander einordnen zu können. Ziel muss sein, den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Religion und/oder kultureller Identifikation und nichtreligiösen Menschen zu fördern. Anstelle einer thematischen Engführung auf die Shoah gilt es hierbei, auch die jahrhundert-/jahrtausendealte jüdische Vergangenheit in Deutschland und das heutige jüdische Leben in den Blick zu nehmen anstelle einer reinen thematischen Engführung auf die Shoah. So lässt sich statt einer einseitigen Betrachtung von jüdischem Leiden die Vielfalt jüdischen Lebens abbilden. Der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und die Kultusministerkonferenz haben im Juni 2021 im Rahmen der 374. Kultusministerkonferenz ihre „Gemeinsame Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ hierzu vorgestellt. Hierzu braucht es die Kooperation mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern, authentische Bildungsorte sowie mehr Möglichkeiten des grenzüberschreitenden Schülerinnen- und Schüleraustauschs.

Begegnung und Austausch, besonders im Rahmen von Schulpartnerschaften, fördern das interkulturelle Lernen. Internationale Beziehungen gehören heute zu den anerkannten und elementaren Qualitätsmerkmalen einer guten Schule. Im Koalitionsvertrag der

achten Legislaturperiode wurde deshalb festgelegt, jedem jungen Menschen in Sachsen-Anhalt während der Schulzeit einen grenzüberschreitenden Austausch zu ermöglichen.

● Mitbestimmung im Schulalltag

Ein wesentlicher Bestandteil von Demokratiebildung sind authentische Demokratieerfahrungen im Schulalltag. Voraussetzung dafür ist die demokratische Teilhabe von Schülerinnen und Schülern an schulischen Entscheidungsprozessen.

Die bestehenden schulgesetzlichen Regelungen bieten für Kinder und Jugendliche eine Reihe von Möglichkeiten zur Aneignung und Übung demokratischer Verhaltensweisen. Dies beginnt im Grundschulalter und geht weiter über die Mitwirkung in unterschiedlichen Gremien bis hin zur Landeschülervertretung. Ihre Arbeit basiert auf Mitbestimmung, Verhandlungsführung und Kompromissfindung und ist damit umfangreicher Ausdruck einer demokratischen Lebensweise im Schulalltag. Das Landesprogramm unterstützt Aktivitäten zur weiteren Festigung und Ausgestaltung der gesetzlich verbrieften, demokratischen Mitbestimmung im Schulalltag und deren Weiterentwicklung bis in die Klassenbereiche.

● Vernetzung und Öffnung in das Gemeinwesen

Demokratiebildung an Schule findet nicht nur im Rahmen von Lehrplänen, sondern auch in Kooperation mit externen Partnerinnen und Partnern – z.B. mit Netzwerken, Demokratieprojekten oder Schülerinnen- und Schülerwettbewerben wie „Jugend debattiert“ – statt. Diese sind eine wertvolle Ergänzung zum Schulunterricht mit dem Ziel, dass sich die Lernenden intensiv mit historisch-politischen Fragestellungen auseinandersetzen. So gibt



Lernen durch Engagement – Projekt „Reli Kids für Obdachlose“

Schülerinnen und Schüler der sechsten Klasse an der Maguerite Friedlaender Gesamtschule Halle setzten sich im Schuljahr 2021/22 im Rahmen ihres Religionsunterrichtes mit dem Thema „Diakonie“ auseinander und entwickelten ein besonderes Lernen durch Engagement-Projekt:

Die Schülerinnen und Schüler organisierten eine Spendenaktion für den Kälte- und Tafelbus „Vierjahreszeiten“ in Halle. Mit Plakaten und verschiedenen Werbeaktionen, sowie Informationsveranstaltungen wurden Schülerinnen und Schüler, die Lehrerschaft und Eltern zur Spende von dringend benötigten Hygieneartikeln aufgerufen. Insgesamt wurden sieben große Klappboxen mit Hygieneartikeln an den Vierjahreszeitenbus überreicht. Ausgezeichnet wurden sie dafür unter anderem mit dem Publikumspreis des Jugendengagementpreises Sachsen-Anhalt. Die Netzwerkstelle LdE berät und begleitet Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung von Lernen durch Engagement.



es in den Schulen Sachsen-Anhalts bereits eine Vielfalt von Handlungsansätzen, die das Bewusstsein für eine demokratische, menschenrechtsorientierte Kultur stärken. Ein besonderes Augenmerk gilt hier nachhaltigen Strategien, die diesen Weg kontinuierlich verfolgen und die Schulen dabei gemeinsam mit externen Bildungseinrichtungen und Orten in das Gemeinwesen öffnen. Hier sind sowohl die Schulsozialarbeit als auch die Träger außerschulischer Jugend- und Bildungsarbeit wichtige Verbündete der Schulen. Bereits etablierte Maßnahmen, erfolgreich laufende Projekte und bewährte Netzwerke (u.a. UNESCO-Schulen, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, „Lernen durch Engagement“) sind zu stärken und weiterzuentwickeln durch die Beratung und Qualifizierung von Lehrkräften, eine verstärkte curriculare und programmatische Verankerung, die Gewinnung und Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Implementierung in die Lehrkräfteaus- und -weiterbildung, den organisatorischen Ausbau der Schulnetzwerke sowie den Ausbau qualitätssichernder Maßnahmen.

● **Demokratiebildung in der digitalen Welt**

Im Landeskonzept zur Umsetzung der Strategie der Kultusministerkonferenz (KMK) „Bildung in der digitalen Welt“ wird das Lernen mit und über digitale Medien als fächer- und schulformübergreifendes Ziel verstanden. Dieser ganzheitliche Ansatz für Medienbildung in Sachsen-Anhalt hielt bereits Einzug in die Grundsatzbände und Fachlehrpläne der Grund- und Sekundarschulen. Angepasste Lehrpläne für Gymnasien und berufliche Gymnasien sollen zum Schuljahr 2022/23 in Kraft treten.

Schülerinnen und Schüler sollen Kompetenzen entwickeln, um digitale Medien in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu erkennen, ihr Potential für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu untersuchen

und diese zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft nutzen. Um diese Bildungsziele erreichen zu können, muss die medienpädagogische Kompetenz der Lehrkräfte gestärkt werden.

Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) und außerschulisch Bildende aus dem Bereich der Medienkompetenzförderung halten entsprechende Bildungsangebote in Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte bereit. Gleichzeitig sollen Kooperationen zwischen Schule und externen Verbündeten gestärkt und verstetigt werden, um den Anforderungen eines medienkompetenten Handelns in einer digitalisierten Gesellschaft gerecht zu werden.

● **Ausbau der Demokratiepädagogik**

Die Landesregierung will die demokratiepädagogische Erziehung und Bildung an den Schulen ausbauen. In den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien sind schwerpunktmäßig übergreifende Themen- und Kompetenzbereiche verankert, die einen spezifischen Beitrag zum menschenrechtsorientierten Lernen leisten. Dazu gehört das Wissen um den demokratischen Verfassungsstaat, die Kenntnis von politischen Beteiligungsrechten, aber auch die Auseinandersetzung mit extremistischen und rechtspopulistischen Bestrebungen, die die Demokratie gefährden. Die Wissens- und Kompetenzvermittlung zur erfolgreichen Bekämpfung von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt in allen Schulformen soll weiter ausgebaut werden.

In der Sekundarschule weist der Grundsatzband des Lehrplans bei den fächerübergreifenden Themen auch das Thema „Mitbestimmen, Mitgestalten – Demokratie leben“ aus, an dessen Realisierung im Unterricht unter anderem die Fächer Sozialkunde, Ethikunterricht und Religionsunterricht teilhaben. Im Grundsatzband des Lehrplans an Gymnasien

Die Zukunftslotsen

Das Projekt „Die Zukunftslotsen“ legt den Fokus auf Demokratiebildung an Schulen in Sachsen-Anhalt. Leitziele des Projekts sind die Stärkung demokratischer Werte, die Förderung von Toleranz und die Sensibilisierung für demokratiegefährdende Entwicklungen.

In den zweitägigen Workshops entwickeln die Schülerinnen und Schüler ihre Vorstellungen zur Zukunft unserer Demokratie. So werden sie sich bewusst, dass genau sie es sind, die künftig Mitverantwortung tragen und unsere Gesellschaft im Sinne eines demokratischen Miteinanders gestalten (sollten). Die Projektseite (www.zukunftslotsen.eu) versammelt die von den Jugendlichen entworfenen Zukunftsszenarien und gibt damit der Generation von morgen eine Stimme.



ist als gemeinsame Aufgabe aller Fächer unter anderem die Ausprägung von Demokratiekompetenz (Demokratisch handeln und Demokratie stärken) benannt. Auch im Berufsbildenden Bereich sind Politik- und Demokratiethemata im Lehrplan verankert. Darüber hinaus sollen in allen Schulformen verstärkt Lerngelegenheiten geschaffen werden, die der Auseinandersetzung mit politischen Themen, demokratischen Prozessen und aktuellen politischen Entwicklungen dienen.

Dazu müssen für Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal in allen Ausbildungsphasen Module angeboten werden, die sowohl die individuelle als auch die systembezogene Professionalisierung der Lehrkräfte für alle schulischen, insbesondere unterrichtlichen Prozesse stärken, in denen Kinder und Jugendliche dazu befähigt werden sollen, ein eigenes politisches Verständnis zu entwickeln, an politischen Debatten teilzunehmen und demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

● Demokratiebildung in Hochschulen und Universitäten

Hochschulen sind mehr als reine Orte der Forschung und der einseitigen Wissensvermittlung. In ihrer „Third Mission“ betten Hochschulen die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zunehmend stärker in die Forschung und Lehre ein. Die Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt hebt sich in diesem Zusammenhang wissenschaftspolitisch von den anderen Bundesländern ab. Als einziges Bundesland hat es in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen die Third Mission explizit als Gegenstand der Entwicklungsplanung der Hochschulen festgelegt.

Im Kontext der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung spielen Wissenstransfer, gesellschaftliches Engagement und Demokratiebildung eine zunehmend wichtigere Rolle in Lehre und Forschung und werden besonders sichtbar über Aktivitäten wie Service Learning, forschendes Lernen, Weiterbildungen oder die Unterstützung unterrepräsentierter Studierendengruppen. Laut Hochschulrahmengesetz (§ 2) beziehen sich Hochschulen entsprechend ihrer Aufgabenstellung auf „Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat“. Grundlegende Werte wie Diskriminierungsfreiheit, Wahrung der Menschenrechte, eine demokratische Öffentlichkeit sowie die gemeinsame Verantwortung und Achtung von Vielfalt und Diversität sehen Hochschulen daher als selbstverständliche, offensiv zu vertretende Werte im Hochschulalltag und in der Lehre an.

Ausgehend von den Bildungszielen auf Hochschulebene ist Service Learning – Lernen durch Engagement als didaktisches Konzept im Hinblick auf die Demokratiebildung in der Lehre besonders wirksam, da der Kompetenzentwicklungsprozess mit einer zivilgesellschaftlichen Dimension und deren Wertbezügen verknüpft wird. Beim Service Learning – Lernen durch Engagement steht die Integration gesellschaftlichen Engagements in die Lehre und die Bearbeitung konkreter gesellschaftlicher Aufgaben und Problemen im Mittelpunkt. Dabei wird fachliches Lernen mit der Auseinandersetzung individueller Werthaltungen und der Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung in Beziehung gesetzt. In Reflexion dieser Erfahrungen wird das Herausbilden einer Position zu gesellschaftlichem Engagement ermöglicht. Im Sinne des Ausbaus der Demokratiebildung an Hochschulen gilt es, Service Learning - Lernen durch Engagement als Bildungskonzept noch breiter an den Hoch-

schulen zu verankern und in Profilbildungsprozessen der Hochschulen zu berücksichtigen. Flankierend dazu bieten sich didaktische Weiterentwicklungsangebote für wissenschaftlich Mitarbeitende und Lehrenden an.

Zur Verstetigung demokratiefördernder Bildungsansätze und -prozesse in der Schule und im Gemeinwesen sollte Demokratiebildung als Querschnittsthema in der ersten Phase der Lehramtsausbildung verankert werden, ebenso wie kritische Informations- und Medienkompetenz als integraler Bestandteil von Curricula (zum Beispiel in der Studieneingangsphase).

Zur Untersuchung des Beitrags von Hochschulen zur Demokratiebildung sind Forschungsansätze über das politisch-gesellschaftliche Verhalten von Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu stärken.

● **Demokratiebildung in der politischen Erwachsenenbildung**

Politische Bildung in sozialen Nahräumen gewinnt in der Zeit gesellschaftlicher Transformations- und Umbruchprozesse enorm an Bedeutung. Eine besondere Herausforderung für Bildungsangebote stellt dabei das Erreichen von politikfernen Zielgruppen, insbesondere aber von bildungsunerfahrenen Personengruppen dar. Berücksichtigung des sozialen Nahraums bedeutet die Einbeziehung regionaler Themen, der lokalen Bevölkerung, Lernorte und Zielgruppen bei der Förderung, Planung und Durchführung politischer Bildungsangebote. Dies ist besonders wichtig, wenn spezifische Rahmenbedingungen dagegensprechen, „Standardangebote“ zu unterbreiten, z. B. im ländlichen Raum, in sozialen Brennpunkten oder Regionen mit weitreichenden Umstrukturierungen.

Politische Erwachsenenbildung muss das Ziel haben, Anbietende politischer Erwachsenenbildung mit denjenigen zusammen zu bringen, die versuchen, in Netzwerken, Initiativen und Vereinen die Meinungsbildung, Motivation und Partizipation der Zivilgesellschaft mitzugestalten. Engagement- und Kompetenzförderung muss heute Teil des Bildungsauftrags politischer Erwachsenenbildung sein.

„Klassische“ Angebote politischer Bildung richten sich zumeist an Teilnehmende mit bereits vorhandenem Interesse für Politik. Politische Bildung muss jedoch zugleich diejenigen erreichen, die gegenüber demokratischen Institutionen skeptisch sind oder über das Handeln politischer Vertretungen verdrossen sind. Dafür braucht es eine genaue Zielgruppen-Analyse und passgenaue Angebote, die an der Lebenswirklichkeit der jeweiligen Zielgruppe ansetzen.

Die digitalen Medien beeinflussen die politische Bildung enorm. Politische Entscheidungen werden Dank der sozialen Plattformen in Echtzeit veröffentlicht und dort diskutiert. Die Kommunikation verläuft nicht mehr eindimensional von einem Sender zu vielen Empfangenden, sondern vernetzt, wechselseitig und kurzfristig. Diese Tatsache eröffnet auch für die politische Bildung neue Räume der Partizipation, der Diskussion und der Gestaltung. Diese Räume gilt es zu verstehen und zu nutzen. Die Nutzung der neuen Medien für die politische Bildung setzt bei allen Beteiligten Medienkompetenz im Sinne einer gewissenhaften, reflektierten und politisch verantwortlichen Nutzung dieser Möglichkeiten voraus.

Um die Angebote der politischen Erwachsenenbildung zu verbreitern, sind die Ressourcen zu stärken. Dazu gehört auch die weitere Öffnung des Bildungsfreistellungsgesetzes für Angebote der politischen Bildung gemäß Koalitionsvertrag.

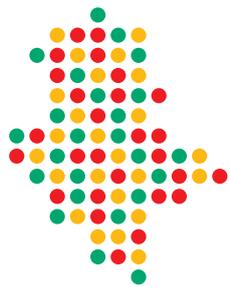


Kirche für Demokratie
Verantwortung übernehmen – Teilhabe stärken

Das Projekt „Kirche für Demokratie. Verantwortung übernehmen – Teilhabe stärken“ ist ein Bildungs- und Beratungsprojekt der Katholischen Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V. (KEB), das all jene Menschen im Bistum Magdeburg unterstützen will, die sich für mehr Beteiligung und Gerechtigkeit engagieren. Das christliche Menschenbild verlangt immer und überall für die Gleichheit und Würde aller Menschen einzustehen. Durch Beratung und gezielte Bildungsmaßnahmen für verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden Menschen durch das Projekt sensibilisiert und Engagierte in ihrem Eintreten gegen Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit unterstützt. Aktuell ist im Rahmen eines Konzeptes für Politische Grundbildung ein Mal- und Lernbuch zu Themen der Vielfalt entstanden, das Perspektiven der Teilhabe aufzeigt. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.







Vielfalt in Gesellschaft und Beruf

3

Vielfalt in Gesellschaft und Beruf

Sachsen-Anhalt ist ein vielfältiges Land, in dem sich Menschen unabhängig ihrer Herkunft, ihrer Religion oder persönlicher Merkmale willkommen fühlen sollen. Das Land Sachsen-Anhalt ist seit jeher geprägt von seiner Zu- und Abwanderungsgeschichte. Schon immer sind Menschen aus anderen Ländern nach Sachsen-Anhalt gekommen. Viele haben hier ihre neue oder zweite Heimat gefunden. Hierfür bedarf es der Stärkung einer vielfältigen, auf demokratischen Werten aufbauende Zivilgesellschaft. Die nachhaltige Vermittlung demokratischer Werte und interkultureller Kompetenzen zur erfolgreichen Gestaltung von Vielfalt (wie Ambiguitätstoleranz, Konfliktfähigkeit, Perspektivenwechsel etc.) in alle Bereiche der Gesellschaft und insbesondere auch am Arbeitsplatz stellt eine Schlüsselfunktion dar.

Die Integration und Teilhabe der nach Sachsen-Anhalt zugewanderten und aus Kriegs- und Krisengebieten geflüchteten Menschen ist Ausdruck unseres demokratischen und humanitären Selbstverständnisses. Es braucht Weltoffenheit und Vielfalt, um die Chance, die in der Migration steckt, für eine positive – kulturelle, soziale, wirtschaftliche und auch politische – Entwicklung nutzen zu können. So ist Sachsen-Anhalt auf Zuwanderung angewiesen, auch um den wachsenden Fach- und Arbeitskräftemangel zu bewältigen und wirtschaftlich leistungsfähig zu bleiben. Mit einer gezielten Zuwanderungs- und Integrationspolitik und mit guten Lebens-, Arbeits- und Integrationsbedingungen und der Einbeziehung von Menschen mit Migrationsgeschichte gilt es, dafür zu werben, dass sich Menschen entscheiden, ihre Zukunft nachhaltig in Sachsen-Anhalt aufzubauen. Dabei

sind die vorhandenen Potentiale für den Arbeitsmarkt zu erschließen. Mit dem Landesprogramm und im Einklang mit dem Landesintegrationskonzept bekennt sich Sachsen-Anhalt zu diskriminierungsfreier Teilhabe, gleichberechtigten Zugangschancen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie fairen Beschäftigungsbedingungen.

Integration ist dabei sowohl eine Leistung der Aufnahmegesellschaft als auch der Menschen mit Migrationsgeschichte. Basis ist die Achtung der Menschenwürde, der Menschenrechte sowie ein gewalt- und diskriminierungsfreies Miteinander.

Das Zusammenleben funktioniert nur auf Grundlage unseres Rechtssystems und der im Grundgesetz verankerten Werte unserer Demokratie. Informationen über das Leben in Deutschland, über Rechte, Regeln und Grundwerte, Alltagsleben, über Traditionen und Vielfalt an Lebensstilen sollen in leichter Sprache und mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden. Integration als wechselseitiger Prozess gelingt dann, wenn Menschen an Bildung und Erwerbsarbeit sowie am Alltagsleben und Gemeinwesen gleichberechtigt teilhaben. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm Maßnahmen, die die Teilhabe und Gleichberechtigung aller Menschen in Sachsen-Anhalt stärken.

Dies gelingt umso besser, wenn sich Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte auf Augenhöhe begegnen, kennenlernen und das gesellschaftliche Zusammenleben gemeinsam gestalten. Wie das starke Engagement im Zusammenhang mit den ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine gezeigt hat, wirkt



ein großer Teil der Bevölkerung mit Offenheit, Mitgefühl und Tatkraft an der Aufnahme von Geflüchteten mit. Hier haben Migrantenorganisationen aus dem osteuropäischen Raum schnell Verantwortung übernommen und viele niedrigschwellige Angebote zum Ankommen gestartet.

Die Förderung des interkulturellen Dialogs zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Neuankommenden ist ein wesentliches Anliegen dieses Landesprogrammes. Gleiches gilt für das zivilgesellschaftliche Engagement der zahlreichen ehrenamtlichen Willkommensbündnisse, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Bündnisse und anderen gemeinnützigen Organisationen, denen es um die Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens geht.

Migrantenselbstorganisationen sind dabei starke Akteurinnen und Akteure mit eigenen Ressourcen, Potentialen und Angeboten, die sowohl die Ankommenden stärken als auch die zivilgesellschaftlichen Netzwerke sowie Behörden fachlich unterstützen. Migrantenorganisationen sowie die unterschiedlichen

DiV Demokratie in Vielfalt

Mit dem Projekt „Demokratie in Vielfalt“ (DiV) unterstützt LAMSA e.V. die Migrantenorganisationen seit 2015 bei Konflikten und Partizipationsdefiziten aber auch auf dem Weg zu einer diversitätsorientierten Vereinsentwicklung, um die Ehren- und Hauptamtlichen zu demokratischen und teilhabeorientierten Aktivitäten zu motivieren, zu empowern und zu mobilisieren.

Die Beratungsthemen sind Partizipation & Teilhabe, Willensbildung & Selbstartikulation, Konfliktberatung & Mediation sowie Antidiskriminierung durch Demokratiestärkung. Zudem werden Informations- und Bildungsveranstaltungen in diesen Themenfeldern angeboten. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

religiösen Gemeinschaften sind Multiplikatorinnen, soziale Anlaufstellen und Kulturmittelnde. Sie sind wichtige Verbündete im Integrationsprozess. Die Potentiale und die Expertise migrantischer Communities sollen für die Gestaltung der Vielfaltsgesellschaft eingebunden werden. Das Landesprogramm will sie durch Engagementförderung, Kompetenzbildung und Empowerment stärken.

Die erfolgreiche Integration der Zugewanderten und Geflüchteten ist eng mit sprachlicher und beruflicher Qualifikation verwoben. Die deutsche Sprache gilt als Schlüssel für die Kommunikation und Begegnung im Alltag und öffnet den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Beteiligung an politischen Prozessen. Unabhängig von Vorkenntnissen, Bildungsstand, Geschlecht, Alter oder ausländerrechtlichem Status werden Möglichkeiten zur Sprachförderung angeboten. Für die erfolgreiche berufliche Integration bedarf es neben den Angeboten des Spracherwerbs auch passgenauer Qualifizierungsmöglichkeiten.

Eine vielfältige und integrative Gesellschaft bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Für den Zugang zu diesen Ebenen der Teilhabe bedarf es an konkreten Maßnahmen, wie der Sensibilisierung der Gesellschaft, die Kompetenz gesellschaftliche Konflikte konstruktiv zu bearbeiten, gezielter Mobilisierung von Menschen mit Migrationsgeschichte für politische Repräsentationsstrukturen, wie Kommunalparlamente, Beiräte und andere Gremien sowie der Stärkung der sehr lebendigen Willkommenskultur und der Migrant*innenorganisationen. Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe ist das erfolgreiche Einbinden aller Menschen bei der Gestaltung des Zusammenlebens.



Das Strukturprojekt „KOE – Fachstelle Interkulturelle Orientierung und Öffnung Sachsen-Anhalt“ in Trägerschaft der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. widmet sich dem Kapazitätsaufbau interkultureller Kompetenzen auf allen Ebenen der Verwaltung und mit ihrer interagierender Organisationseinheiten im Land Sachsen-Anhalt zur Unterstützung einer Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten und vor dem Hintergrund einer zu befördernden Fachkräftezuwanderung. Mit strategischen Projektpartnern werden Maßnahmen auf allen Personalebene(n) (inkl. Auszubildenden) für kommunale und landesweite Organisationseinheiten umgesetzt. Schwerpunkte wie interkulturelle Prozessbegleitung, der Aufbau länder- und kommunenübergreifender Netzwerke für Fachakteure interkultureller Öffnungsprozesse (IKÖ) und die Etablierung einer Internetplattform IKÖ sind Kernelemente dieses Strukturprojekts.



Partizipation an demokratischen Prozessen und das Erleben kultureller Vielfalt sind wichtige Aspekte der internationalen Zusammenarbeit und sollen verstärkt u. a. in den bestehenden Regionalpartnerschaften des Landes eine Rolle spielen. Die Europa- und Internationalisierungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt wird fortgesetzt und fördert internationale Jugendbegegnungen, aber auch altersübergreifende Austauschformate, da über solche Projekte Menschen Erfahrungen in anderen Ländern und mit Gästen aus dem Ausland im eigenen Land vermittelt werden. Damit wird ein Beitrag zu mehr Weltoffenheit geleistet. Neben persönlichkeitsbildenden Aspekten der Maßnahmen können insbesondere junge Menschen somit in der globalisierten Welt interkulturelle Kompetenz erlangen.

Die interkulturelle Orientierung und Öffnung von öffentlichen Einrichtungen ist im Sinne erhöhter Teilhabechancen ein weiterer Schwerpunkt des Landesprogramms. Dies geschieht durch Öffnungsprozesse in Behörden und Verwaltungen. So können beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenzen der Beschäftigten der für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Zugewanderten zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte durch das Ministerium für Inneres und Sport gefördert werden.

Ziel muss sein, dass sich die Vielfalt der Mitglieder, die die Gesellschaft bilden, auch in staatlichen Einrichtungen Sachsen-Anhalts widerspiegelt.

● **Diversität in der Arbeits- und Unternehmenswelt**

In Sachsen-Anhalt arbeiten Unternehmen zunehmend mit vielfältigen Belegschaften, in denen die Beschäftigten durch unterschiedliche soziale und kulturelle Hintergründe geprägt sind. Durch diversityorientierte Maßnahmen und eine interkulturelle Personal- und Organisationsentwicklung erschließen

Arbeitgebende die Potentiale ihrer verschiedenen Mitarbeitenden. Eine an den Grundsätzen von Diversity orientierte Arbeitswelt ist Voraussetzung und Motor für eine inklusive und integrationsfähige Gesellschaft. Dabei ist Diversity entsprechend der Definition der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ein Ansatz, der ein menschenrechtlich orientiertes Verständnis von Vielfalt beinhaltet, auf gleiche Rechte abzielt und dabei die Vielfalt und Komplexität von Menschen und ihren Lebenslagen berücksichtigt. Durch diesen Perspektivwechsel von einem problemorientierten hin zu einem ressourcenorientierten Verständnis von Zielgruppen schafft dieser Ansatz soziale Gerechtigkeit und eine wertschätzende Arbeitsatmosphäre.

Für die Förderung der personellen Vielfalt und die Schaffung eines diskriminierungsfreien Arbeitsumfeldes sind Schwerbehindertenvertretungen und Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, Integrations- und Ehrenamtskoordinationen, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte entscheidende Verbündete. Sie bündeln die Wünsche und Anliegen der verschiedenen Beschäftigungsgruppen und verfügen bereits über Erfahrungen in Fragen der unternehmensinternen Demokratie.

Eine faire, tolerante und interessenausgleichende Unternehmenskultur führt in der Folge zu einer höheren Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten und zu mehr Attraktivität eines Unternehmens. Diversity-Management ist deshalb nicht nur eine inklusive Personalstrategie. Als grundlegender Baustein der Unternehmens- und Arbeitsmarktintegration kann es wichtige Beiträge leisten, die Fachkräftesituation in einem Unternehmen zu verbessern und neue Fachkräftepotentiale zu erschließen. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ist ein Beitrag für einen welt-offenen Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt, an dem ausländische Fach- und Arbeitskräfte willkommen sind. Als Voraussetzung für diesen welt-offenen Wirtschaftsstandort

DAS! geht

Demokratie und Antidiskriminierung
in der Ausbildung Sozialer Berufe

Übergreifendes Ziel des Modellprojektes in Trägerschaft von Forum B :: Prozesse in Begleitung e.V. ist es, angehende Erzieherinnen und Erzieher für die Themen Demokratiebildung und Diversitätsorientierung zu sensibilisieren, ihnen Praxis-Einblicke und Austausch mit Fachkräften in Kitas und Horten zu ermöglichen und sie zu befähigen, selbst beteiligungsorientierte und vielfaltssensible Angebote für Kinder zu gestalten. Weiterhin sollen die Berufsfachschulen und die teilnehmenden Konsultationseinrichtungen als Lernorte für Demokratie unterstützt werden. Um das zu erreichen, arbeitet das Projekt zeitgleich mit zwei Klassen angehender Erzieherinnen und Erzieher sowie den Fachkräften aus zwei Berufsfachschulen und bis zu acht Kindertageseinrichtungen und Horten in einem Netzwerk zusammen.



bedarf es eines offenen, wertschätzendes Betriebsklimas in Unternehmen sowie demokratischer und interkultureller Kompetenzen der Belegschaften für einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt. Vielfaltsorientierung und Diversität stellen Erfolgsfaktoren dar, um diese aktuellen Herausforderungen effektiv bewältigen zu können. Im Rahmen seiner Fachkräftesicherungsstrategie sowie zur gezielten Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Bewältigung des demografischen und des wirtschaftlichen Strukturwandels unterstützt das Land deshalb Unternehmen bei der Implementierung und Umsetzung einer strategischen Personal- und Organisationsentwicklung. Zum einen werden kleine und mittlere Unternehmen durch das Beratungsnetzwerk der Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“ gezielt zu Strategien und Maßnahmen der interkulturellen Personal- und Organisationsentwicklung und zu Diversity-Management beraten. Zudem tragen regionale Dachverbände und Trägerorganisationen durch interkulturelle und vielfaltsorientierte Beratungs-, Sensibilisierungs- und Schulungsangebote im Rahmen ihrer Projektarbeit zur interkulturellen Öffnung von Unternehmen, Verwaltungen, Vereinen und weiteren relevanten Arbeitsmarktakteurinnen und -akteuren bei. Zum anderen können kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des Förderprogramms „Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG BETRIEB“ finanziell gefördert werden, wenn sie Maßnahmen zur mitarbeiterorientierten Personalpolitik und zum Diversity-Management in ihren Unternehmen umsetzen. Neben den kleinen und mittleren Unternehmen nutzen große Unternehmen, Verwaltungen, aber auch Organisationen der Sozialwirtschaft Beratungs- und Begleitprozesse zur Personalentwicklungen, Zertifizierungen und Audits (z.B. Charta der Vielfalt), flexible Arbeitszeitmodelle etc., um den Herausforderungen der Internationalisierung, der Inklusion, der Familienfreundlichkeit und der demografischen Veränderungen strategisch zu begegnen.



Das Landesprogramm unterstützt insbesondere folgende Maßnahmen, die auch im Landesintegrationskonzept verankert sind:

Interkultureller Dialog, Begegnungsformate, Begegnungsorte, ehrenamtliches Engagement für bzw. mit Menschen mit Migrationsgeschichte,

- Stärkung von Migrantenselbstorganisationen,
- Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen, Unternehmen und Organisationen,
- Vermittlung interkultureller Kompetenz an Fachkräfte in Bildungseinrichtungen, in der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie im Auszubildendenbereich,
- Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte,
- verbesserte Anerkennung von Qualifikationen und Nutzung von fachlichen Ressourcen der Menschen mit Migrationsgeschichte,
- Förderung der Mitwirkung von Menschen mit Migrationsgeschichte an der Gestaltung des Gemeinwesens bspw. im Rahmen von Migrationsbeiräten,
- Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderung,
- diversityorientierte Maßnahmen und Unterstützungsangebote in Unternehmen, Verwaltungen etc..



Analytics

- 📊
- 📈
- 📉
- 📊
- 📈
- 📉

Estimate \$2,742M

Yearly Sales \$1,842M

Retention Rate 83.73%

Profit Margin 21.53%

Sales By Product

Product 1

Product 2

Product 3

KPI



Tab

Caps lock

Shift

Fn

Alt



Medienkompetenz
für eine digitale
Zivilgesellschaft

4

Medienkompetenz für eine digitale Zivilgesellschaft

Die digital-vernetzten Technologien durchdringen heute nahezu alle Lebensbereiche. Der digitale Wandel und die damit einhergehende Mediatisierung gesellschaftlicher, politischer und kultureller Prozesse bestimmen private und öffentliche Kommunikation, verändern Bildungsformate und revolutionieren die Verbreitung und Rezeption von Informationen. Der Fähigkeit, digitale Medien reflektiert, kritisch und kreativ zu nutzen, kommt heute mehr denn je eine Schlüsselrolle zu, welche Teilhabe und Beteiligung in einer demokratischen, offenen und pluralistischen Gesellschaft ermöglicht. Bei der Förderung von Medienkompetenz geht es heute nicht mehr nur um den Umgang mit digitalen Endgeräten. Vielmehr müssen Menschen befähigt werden, sich in digital-mediatisierten Welten selbstbestimmt bewegen zu können und die digitale Transformation reflektiert aktiv mitzugestalten.

Die Corona-Pandemie wirkte wie ein Katalysator, der die großen Herausforderungen, aber auch die weitreichenden Chancen der Digitalisierung zutage treten ließ. Während der Pandemie verlagerten sich viele Aufgaben des öffentlichen Lebens, der Bildung und Arbeitswelt, aber auch ganz private Belange in digitale Räume. Viele Akteurinnen und Akteure haben auf die Notwendigkeit der Kontaktbeschränkung schnell reagiert: Videokonferenzen ersetzen in kürzester Zeit Zusammenkünfte, die dem berufs- und bildungsbezogenen Austausch dienen. Digitale Patenschaften unterstützen Kinder und Jugendliche beim Lernen auf Distanz. Online-Plattformen brachten Menschen zusammen, um sie für zivilgesellschaftliches Engagement sowohl online als auch offline zu motivieren.

Es wurden innovative Bildungs- und Beteiligungsformate ins Leben gerufen, mit denen neue Zielgruppen orts- und zeitunabhängig erreicht und zur gesellschaftlichen Teilhabe ermuntert werden können. Dabei trugen auch interaktive Räume wie Social Media-Plattformen zum Abbau kommunikativer Schranken zwischen Zivilgesellschaft und politisch Handelnden bei.

● Handlungsfelder in der Demokratiebildung und Medienkompetenzförderung

So sehr der pandemiebedingte Digitalisierungsschub vielfältige Potentiale offenlegte, so deutlich wurden auch bestehende Probleme und Gefahren für ein demokratisches Zusammenleben. Um eine gleichberechtigte digitale Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen, bedarf es weiterer Anstrengungen beim Ausbau der technischen Infrastruktur, bei der Ermöglichung eines barrierefreien Zugangs zu digitalen Medien und insbesondere beim niedrigschwelligen Zugang zu Medienbildungsangeboten. Davon nicht losgelöst darf die zunehmende Verbreitung von Desinformationen, Verschwörungserzählungen und demokratiefeindlichen Diskursen im Internet betrachtet werden. Die oft emotional geführten Desinformationskampagnen, häufig gepaart mit Diffamierungen Andersdenkender, haben scheinbar die Kraft, diverse Protestgruppen zu einigen und ihre antidemokratische Haltung in die Öffentlichkeit zu tragen. Die häufig strategisch platzierten populistischen oder gar extremistischen Botschaften müssen – im Sinne einer digitalen Medienkompetenz – als solche erkannt,

bewertet und kritisch hinterfragt werden, um selbstbestimmt eigene Positionen zu gesellschaftlichen Fragen finden und formulieren zu können.

In den vergangenen Jahren war darüber hinaus eine Abwanderung demokratiefeindlicher und verschwörungsideologischer Gruppierungen und Personen aus den großen Social Media-Plattformen zu beobachten. Einhergehend mit Forderungen an die Plattformbetreibenden, bei Desinformation und digitaler Gewalt schneller und konsequenter zu reagieren, zeigt sich gleichzeitig ein größerer Zulauf zu alternativen Plattformen wie Telegram oder VK. Darüber hinaus haben geschlossene Messenger-Gruppen in den vergangenen Jahren einen starken Zuwachs erfahren. Ein ständiges Monitoring derartiger Phänomene und ihrer Betreibenden erscheint unablässig, um passgenaue Präventions-, Netzwerk- und Beratungsarbeit gewährleisten zu können. Einer praxisnahen Vermittlung von Nachrichten- und Informationskompetenz kommt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle zu.

Ein weiteres Problemfeld ist die Hasskriminalität und digitale Gewalt gegenüber der Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, dem Journalismus und der Pädagogik. Betroffene von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ziehen sich nicht selten aufgrund massiver Diskriminierung aus gesellschaftlichen Online-Diskursen zurück. Diese Einschränkung der Meinungsvielfalt ist eine ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie, welcher mit Medienkompetenz, digitalem Engagement und Zivilcourage im Netz konsequent begegnet werden muss. Digitale Gewalt geht gerade im lokalen Raum oft mit tätlicher Be-

Fairsprechen Hass im Netz begegnen

www.fairsprechen.net | www.fjp-media.de

Um diskriminierende Äußerungen nicht unwidersprochen zu lassen, informiert, berät und ermutigt das Projekt „Fairsprechen“ von fjp>media insbesondere Personen und Institutionen, die mit Hass und Hetze im Netz konfrontiert sind. Dazu gibt es Fortbildungen und Workshops insbesondere für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie eine kostenfreie Rechtsberatung für Betroffene. Ziel ist die Stärkung von Zivilcourage im Netz und die Förderung von Empathie für die Betroffenen. Auch „stille Mitlesende“ sollen zur Stellungnahme gegen beleidigende oder volksverhetzende Äußerungen ermuntert werden. Fairsprechen vermittelt Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation, fördert eine demokratische und vielfältige Kommunikationskultur und wirkt auf eine effektive Strafverfolgung von Internet- und Hasskriminalität hin.

drohung und körperlicher Gewalt einher. Daher müssen die Phänomene und entsprechende Schutzkonzepte gegen Gewalt online und offline zusammengedacht werden.

In den letzten Jahren hat der Gesetzgeber Maßnahmen auf Länder- und Bundesebene zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Ermittlung Tatverdächtiger bei menschenfeindlichen und aufhetzenden Äußerungen im Netz auf den Weg gebracht. Neben den sicherheitspolitischen Maßnahmen (bspw. Internetstreife

der Polizei, Online-Anzeigenerstattung) gilt es nun stärker alle vorhandenen Maßnahmen in die Öffentlichkeit zu tragen und den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren präventive sowie interventive Instrumente (in Form einer zivilrechtlichen Rechtsdurchsetzung) durch Beratungs- und Bildungsangebote an die Hand zu geben.

Zunehmend manifestieren sich demokratiegefährdende Hybride Bedrohungen und Einflussaktivitäten fremder Staaten insbesondere im Informationsraum. So sind z.B. Desinformationskampagnen Mittel, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen und Spaltungen in der Gesellschaft zu provozieren. Ziel ist die polarisierende Zuspitzung des politischen Diskurses und die Diskreditierung des demokratischen wertorientierten Verfassungsstaates. Dabei kommt es bei der Desinformation nicht darauf an, völlig neue Themen zu (be-)setzen, sondern es geht vielmehr stets darum, zur Verfolgung eigener Interessen bereits vorhandene Stimmungen aufzugreifen und zu verstärken. Unter Einbindung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure bedarf es weiteren Aufbaus von Sensibilität und Widerstandskraft gegenüber illegitimer Einflussnahme.

● Zielgruppenspezifische Ansätze für Demokratiebildung

Die Potentiale und Herausforderungen der digitalen Transformation sind im besonderen Maße von Ambivalenzen geprägt. Die zwei Richtungen – die Chancen einerseits und die Risiken andererseits – gilt es, in der Demokratiebildung, vor allem auch mit Blick auf die politische Erwachsenenbildung, aufzugreifen. So sollen digitale Formate stärker entwickelt und genutzt werden, um neue Zielgruppen für die politische Bildung im Erwachsenenbereich zu erschließen, vor allem im ländlichen Raum. Ziel muss es sein, die digitalen Kompetenzen auch als Teil des lebenslangen Lernens

zu begreifen und als gemeingemeinschaftliche Aufgabe in den Fokus zu rücken. Dabei müssen alle Altersgruppen, vor allem aber die höheren mit zunehmend schlechterer Medienkompetenz, gezielt angesprochen und entsprechende Formate für sie entwickelt werden. Hier geht es nicht vorrangig um Bedienkompetenzen, sondern um Hilfestellungen, mit der Datenflut umzugehen, vertrauenswürdige Informationen zu erkennen und zu filtern sowie adäquat auf Falschmeldungen oder Hate Speech zu reagieren. Gleichzeitig gilt es, den Menschen die Chancen der Digitalisierung nahe zu bringen und ihnen Ängste gegenüber den Anforderungen des digitalen Wandels zu nehmen. Gerade im Verlauf der Corona-Pandemie konnte eindrucksvoll der Mehrwert digitaler Vernetzung für die Gesellschaft aufgezeigt werden. Diese positiven Entwicklungen sollten weiterverfolgt und ausgebaut werden und somit neue Formen und Möglichkeiten der Bereitstellung und Erreichbarkeit von Bildungsangeboten geschaffen werden. Daneben sollte aber auch das digitale Engagement der Zivilgesellschaft gefördert und ihre Aktivitäten im Sinne einer Kultur des respektvollen Miteinanders und der Zivilcourage sichtbar gemacht werden.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bewegen sich selbstverständlich in digitalen Räumen. Kommunikation, soziale Aktivitäten, Wissensvermittlung und auch Demokratiebildung finden häufig im Internet statt. Bildungs- und Beteiligungsformate sollten diesen Umstand verstärkt Rechnung tragen. Es müssen deshalb zielgruppenspezifische Formen der digitalen Ansprache und Partizipation entwickelt werden. Die vorhandene digitale Kompetenz junger Menschen ist dabei verstärkt einzubeziehen.

Die Nutzung freier und unabhängiger digitaler Angebote kann jungen Menschen eine sichere und altersgerechte Teilhabe an demokratischen Prozessen ermöglichen und ganz nebenbei für Demokratie- und Medienkompe-

Engagement Digital – Netzwerke stärken

„Engagement Digital – Netzwerke stärken“ knüpft an die Expertise der Initiative der Digitalen Nachbarschaft von Deutschland sicher im Netz e.V. (DsiN) und das Know-How der LAGFA e.V. im Bereich der digitalen Engagementförderung an. Das Vorhaben dient der Stärkung von Vereinen und Initiativen im Bereich digitaler Nutzungskompetenzen. Sie lernen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. Engagementfördernde Einrichtungen werden zu Multiplikatoren und zu Vorbildern in der digitalen Engagementförderung. Digitale Angebote wie interaktive, zielgruppenorientierte, barrierearme Websites mit Online-Engagementdatenbank, Newsletterfunktionen, neue Formen der (Online-)Engagementberatung, Online-Selbstregistrierungen für Freiwillige und Organisationen oder die Verknüpfung mit Social-Media-Kanälen werden im Rahmen des Projektes vorgestellt und Netzwerkpartner für deren Nutzung sensibilisiert.



tenz sensibilisieren. Junge Menschen, die aufgrund einer hohen Medienaffinität entsprechend häufig mit Hassrede, extremistischer Ansprache und Desinformation im Internet konfrontiert sind, benötigen passende Präventions- und Bildungsangebote für einen souveränen und kritischen Umgang mit digitalen Medien in der Schule sowie in der Kinder- und Jugendarbeit. Um Medienkompetenz und

Demokratiebildung bei den Heranwachsenden nachhaltig stärken zu können, müssen Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, der schulischen Bildung, Berufsausbildung und Studium so-wie Eltern auf aktuelle Risiken aufmerksam gemacht werden. Familien sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren benötigen Handlungsstrategien, um bei medienbezogenen Gefährdungslagen adäquat handeln zu können. Medienkompetenz muss daher fester Bestandteil des Ausbildungskanons und der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte, Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Erwachsenenbildung werden.

● Medienbildung und Demokratiebildung zusammen denken

Das Landesprogramm unterstützt die Beratungsarbeit gegen Hass im Netz. Ziel ist, (potentiell) Betroffene und deren Umfeld beratend zu stärken und über Strategien der digitalen, aber auch juristischen Gegenwehr zu informieren.

Die vom Land geförderte Servicestelle Kinder- und Jugendschutz stellt insbesondere für Heranwachsende, Erziehende und Fachkräfte zielgruppenspezifische Präventionsangebote bereit, um Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und junge Menschen über aktuelle Gefährdungsdimensionen aufzuklären und Medienkompetenz und Demokratiebildung zu stärken. Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt als Zulassungs- und Aufsichtsorgan für private Rundfunkangebote und als zuständige Behörde für die Einhaltung des Jugendmedienschutzes in Rundfunk und Telemedien bietet auch Medienkompetenzprojekte zu aktuellen Internet-Phänomenen sowie zum souveränen und kritischen Umgang mit digitalen Medien an.

Darüber hinaus bieten die Offenen Kanäle und nichtkommerziellen Lokalradios in Sachsen-Anhalt einen gleichberechtigten Zugang zu Medienproduktion und dienen auch als Orte



Wie sieht es vor deiner Haustür aus, und noch wichtiger, wie könnte es in Zukunft aussehen? Kreativ entwickelst du deine Utopie für den Stadtteil. Was fehlt? Was muss weg? Was muss sich verändern? Wir wollen dich inspirieren deine Utopien mit künstlerischen Aktionen im Kiez und im Digitalen sichtbar zu machen, zu präsentieren und mit Anderen zu teilen.

Das Chatbot-Projekt für Stadterkundung und Jugendbeteiligung: »KIEZkunst – bau dir deine eigene Utopie«! der .lkj) – Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V. lädt dazu ein, spielerisch die eigene Umgebung digital und analog zu erkunden und sich mit neuen Methoden der digitalen Bildung im öffentlichen Raum auseinanderzusetzen. Das Handbuch ist ein Tool für Jugendliche, die sich allein oder gemeinsam künstlerisch im Kiez engagieren wollen. Auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können die Methode in ihre Arbeit mit Kindern und Jugendlichen integrieren.



der Medien- und Demokratiebildung. Diese und weitere Engagierte aus dem Netzwerk Medienkompetenz Sachsen-Anhalt besitzen eine weitreichende Expertise in dem dynamischen Feld Medienkompetenzförderung und -vermittlung. Der bereits bestehende Fachaustausch sollte deshalb verstetigt und weitere Verknüpfung der Medien- und Demokratiepädagogik im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit forciert werden.

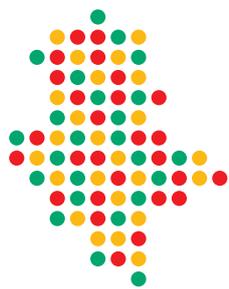
Um die Potentiale des Digitalen für eine lebendige Demokratie zu nutzen und gleichzeitig Gegenstrategien zur Bekämpfung von demokratiefeindlichen Tendenzen in digitalen Räumen entwickeln zu können, fördert das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit Bildungs-, Vernetzungs- und Informationsangebote aus dem Bereich der Medienkompetenzvermittlung. Vor dem Hintergrund des digitalen Wandels und dessen Folgen für ein demokratisches Zusammenleben legt das Landesprogramm ihre Förderungsschwerpunkte auf:

- die Stärkung der Medienkompetenz im Sinne eines kritischen, souveränen und kreativen Medienhandelns,
- die Kooperation und Vernetzung von Akteuren der Demokratiebildung und Medienbildung,
- die Entwicklung von Informations- und Bildungsangeboten in den Themenfeldern digitales Engagement und Zivilcourage im Netz,
- Workshops und Trainings für eine Auseinandersetzung mit Hass und Bedrohung im Netz und desinformierenden Inhalten,



- Bildungsformate zur Stärkung der Informations- und Nachrichtenkompetenz,
- die Entwicklung von digitalen Dialog- und Beteiligungsformaten,
- die Einrichtung und Unterhaltung einer Beratungsstelle zum (präventiven) Umgang mit Hass und Bedrohung im virtuellen Raum sowie zu Möglichkeiten der digitalen Gegenwehr und juristischen Beratung,
- die Einrichtung eines spezialisierten Beratungsangebotes für Betroffene geschlechtsspezifischer sowie homo- und trans*feindlicher Hasskriminalität und digitaler Gewalt im Internet,
- Bildungsformate für Jugendliche sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich Radikalisierungsprävention im Internet,
- Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zur Sensibilisierung von problematischen Phänomenen im Netz (Gewalt, Mobbing, Hasskriminalität, Desinformation),
- Bildungsinitiativen, die netzpolitische Themen wie Netzneutralität, Datenschutz oder Digitale Ethik intensiver in den öffentlichen Diskurs tragen.





Kinder- und
Jugendbeteiligung
für eine demokratische
Zukunft

5

Kinder- und Jugendbeteiligung für eine demokratische Zukunft

Kinder- und Jugendarbeit sowie weitere Teilbereiche der Kinder- und Jugendhilfe spielen in der Demokratiebildung eine zentrale Rolle, denn die Lebensphase der Kindheit und Jugend zeichnet sich durch besondere Anforderungen aus, von denen die Selbstpositionierung und Verselbstständigung junger Menschen in der sie umgebenden Wirklichkeit die weitreichendsten sind. Die Förderung einer demokratischen Lebensweise in Sachsen-Anhalt muss daher hier ansetzen.

Junge Menschen besitzen das Recht und müssen die Gelegenheit haben, ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten, sich demokratisch zu engagieren und sich an allen Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen. Allen Kindern und Jugendlichen, auch jenen mit schlechteren Startbedingungen oder mit Migrationsgeschichte, sind Teilhabechancen zu eröffnen.

Der mit dem Kinder- und Jugendbericht, dem jugendpolitischen Programm und dem Partizipationsprojekt „Jugend macht Zukunft“ Sachsen-Anhalts eingeschlagene Weg der Einbeziehung von Jugendlichen wird fortgesetzt und verstetigt. Das Landesprogramm soll dazu beitragen, aktive demokratische Teilhabe zu ermöglichen und Barrieren, die Beteiligungsmöglichkeiten einschränken, zu identifizieren und abzubauen.

Das jugendpolitische Programm Sachsen-Anhalts soll in diesem Sinne weiterentwickelt und die Jugendpolitik des Landes als eigenständiges, ressortübergreifendes Politikfeld im Sinne einer demokratischen Zukunftspolitik weiter gestärkt sowie von jungen Menschen aktiv mitbestimmt werden.



Das Landeszentrum Jugend + Kommune in Trägerschaft von KinderStärken e.V. fördert kommunale Jugendbeteiligung in Sachsen-Anhalt. Das Interesse an Jugendbeteiligung ist groß, aber die konkrete Umsetzung stellt Kommunalverwaltungen mitunter vor Herausforderungen. Die Angebote des Landes zentrums sind deshalb gefragt. Zwischen 2018 und 2022 ließen sich 46 Kommunen begleiten, 61 Akteure absolvierten die 9-tägige Qualifizierung „Beteiligungsmoderation“ und 51 junge Menschen wurden „Beteiligungsscouts“. Mit jeweils bis zu 21.000 Euro wurden 14 Pilotkommunen gefördert. Der interkommunale Austausch wird in Partizipationscafés ermöglicht. Ein Landesbeirat entwickelt die Rahmenbedingungen für kommunale Beteiligung in Sachsen-Anhalt.



Kommunale Räume sind dabei die Orte, an denen demokratische Teilhabe im unmittelbaren Lebensumfeld stattfindet. Sachsen-Anhalt sieht in § 80 seines Kommunalverfassungsgesetzes vor, dass junge Menschen bei kommunalen Vorhaben angemessen beteiligt werden sollen. Das Landeszentrum „Jugend + Kommune“ steht den Kommunen bei der Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung zum Austausch und zur Unterstützung zur Verfügung. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt fördert zivilgesellschaftliches Engagement, mit denen vor Ort die demokratische Teilhabe für und mit jungen Menschen entwickelt wird.

Auf Basis der im SGB VIII benannten Ziele der Kinder- und Jugendhilfe und der UN-Konvention über die Rechte des Kindes will das Landesprogramm das diskriminierungsfreie Aufwachsen junger Menschen unterstützen sowie dazu beitragen, dass diese über ausreichend Erholungs-, Bildungs- und Freiräume verfügen. Die Möglichkeiten zur Kinder- und Jugendpartizipation sollen in allen Lebensbereichen junger Menschen, einschließlich digitaler Räume, ausgebaut werden, damit Kinder und Jugendliche zu eigenverantwortlichem Handeln sowie zur Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft befähigt und ermutigt werden.

Die freie und öffentliche Kinder- und Jugendhilfe gemäß SGB VIII ist eine bedeutsame Instanz bei der Verwirklichung der Förder-, Beteiligungs- sowie Schutzrechte junger Menschen und bei der Gestaltung kind- und jugendgerechter Lebenswelten. Die Träger der Jugendhilfe stellen bei der Wahrnehmung

ihrer Leistungen und Aufgaben sicher, dass junge Menschen angemessen beteiligt werden. Sie sind damit ein Grundpfeiler der Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit in der Kindheits- und Jugendphase. Zur Ausbildung entsprechender Fähigkeiten und Werte bei Heranwachsenden leistet die Kinder- und Jugendhilfe im Zusammenwirken mit anderen Sozialisationsinstanzen, v. a. der Familie, der Schule und den Medien, einen wichtigen Beitrag und wird dabei durch das Landesprogramm unterstützt.

Im Prozess des Aufwachsens junger Menschen und innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft kommt den Kinder- und Jugendverbänden eine besondere Rolle zu. Jugendverbände sind Orte, welche jungen Menschen geschützte und pädagogisch begleitete Orientierungs- und Erprobungsmöglichkeiten bieten und dabei selbstorganisierte, erfahrungs- und gestaltbare Freiräume eröffnen. Bildung in Kinder- und Jugendverbänden, die demokratisches Denken und Handeln sowie die Anerkennung gesellschaftlicher, insb. kultureller und geschlechtlicher Vielfalt fördert, heißt demokratische Gestaltungsfähigkeiten und -möglichkeiten einschließlich der Fähigkeit zur demokratischen Streitbewältigung und Konfliktregulierung zu erlernen, zu erleben und aktiv zu praktizieren. Dadurch besitzen Kinder- und Jugendverbände eine besondere Funktion als „Werkstätten der Demokratie“ und schaffen wesentliche Voraussetzungen dafür, dass sich junge Menschen aktiv und nachhaltig in die Gestaltung einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft einbringen. Damit die Verbände flächendeckend als solche wirken können, muss ihre eigenständige Arbeit gesellschaftlich anerkannt



WhyNOT?! #wirzeigenwasgeht macht Jugendengagement in Sachsen-Anhalt sichtbar. Kurze, authentische Videoportraits zeigen, wofür sich junge Menschen einsetzen und wie sie den großen Problemen unserer Zeit mit konkreten Aktionen begegnen. Hier führen Jugendliche selbst Regie – geben vor und hinter der Kamera den Ton an. So werden Engagierte zu Vorbildern für andere und können ihr Engagement bekannter machen. Insgesamt 20 WhyNOT?!-Stories begeistern 2022 auf Festivals, in Kinos und auf Social Medialkanälen für mehr Engagement. Auf den Veranstaltungen kommen Engagierte, Interessierte, Beteiligte sowie Unterstützerinnen und Unterstützer in Kontakt. Die digitale Engagementlandkarte und eine landesweite Postkartenkampagne verorten und vernetzen die vielen Projekte, Einzelpersonen und Initiativen.



und staatlich gefördert werden. Dabei sollen die im 16. Kinder- und Jugendbericht gegebenen Anregungen zur Weiterentwicklung von demokratischer (politischer) Bildung als Querschnittsaufgabe berücksichtigt werden. Das betrifft neben der Arbeit der Kinder- und Jugendverbände auch die Aktivitäten örtlicher Jugendgruppen und -initiativen sowie weitere Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als Orte bzw. Räume demokratischer Bildung.

In Maßnahmen der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung diskutieren junge Menschen mit Gleichaltrigen und im intergenerationalen Dialog über gesellschaftsrelevante Entwicklungen und Werte, setzen sich aktiv mit sich sowie ihrer Lebenswelt auseinander und lernen ihre Interessen zu artikulieren und sich zu positionieren. In selbstorganisierten Gruppen, im Rahmen ehrenamtlichen Engagements innerhalb und außerhalb von Vereinen und Verbänden oder anlässlich anderer Aktivitäten lernen junge Menschen verschiedene Niveaus von Partizipation (Beteiligungsgrade) bis hin zur Selbstorganisation kennen und praktizieren sie. Sie werden dabei durch die Fachkräfte der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit (inkl. -bildung) unterstützt. Die Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit einschließlich der begleitenden Unterstützungsangebote im Rahmen des Landesprogramms sollen die Vielfalt der Lebensweisen junger Menschen berücksichtigen, geschlechtergerecht gestaltet und an den Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet sein.

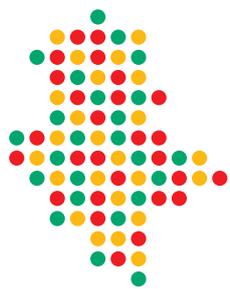
Engagiert durchs Leben

Das Projekt für Jugendliche wird in Trägerschaft des Malteser Hilfsdienstes e.V. in Kooperation mit dem Norbertusgymnasium Magdeburg durchgeführt. Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse erlernen in 15 Doppelstunden (90 min.) die Grundlagen aus einer der Ausbildungen zum Jugendgruppenleiter bzw. Jugendgruppenleiterin mit den Spezialisierungen Flüchtlingsarbeit und Jugendverbandsarbeit; Rettungsschwimmerin bzw. Rettungsschwimmer; Streitschlichterin bzw. Streitschlichter; Sportassistentin bzw. Sportassistent sowie Seniorenbegleiterin bzw. Seniorenbegleiter. In Klasse 10 werden die Grundlagen um 8 Doppelstunden erweitert. Zusätzlich wird den Schülerinnen und Schülern in dieser Zeit bereits das ehrenamtliche Engagement im ausgewählten Ausbildungszweig ermöglicht. Es erfolgen Schulungen der Partner um den Übergang von Wahlpflichtunterricht hin zu einer aktiven ehrenamtlichen Beteiligung der Schülerinnen und Schüler bei den Kooperationspartnern zu gewährleisten.



Das Landesprogramm unterstützt Kinder- und Jugendverbände und andere Träger der Kinder- und Jugend- sowie Jugendsozialarbeit sowie das Engagement junger Menschen innerhalb und außerhalb organisierter Strukturen durch Bildungsangebote, spezielle Unterstützungsformate (z. B. Tage der Jugendbeteiligung, Erstellen von Engagement-Landkarten o. Ä.) sowie Formen der Anerkennung von Engagement dabei, die Selbstorganisation von Interessen, die Befähigung zur Selbstbestimmung wie auch die politische Beteiligung junger Menschen zu stärken. Vor dem Hintergrund existierender Gefährdungen für das demokratische Zusammenleben in Sachsen-Anhalt gehört dazu auch, solche Maßnahmen zu fördern, die ausdrücklich rassistischer und weiteren Formen von Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder rechtsextremistischen und islamistischen Tendenzen vorbeugen und entgegenwirken wollen sowie davon betroffenen jungen Menschen altersgerechte Hilfe und Unterstützung anbieten.





Gemeinsam
für ein
solidarisches
Miteinander

6

Gemeinsam für ein solidarisches Miteinander

Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land mit einer vielfältigen Kultur und einer starken Zivilgesellschaft. Die Unantastbarkeit der individuellen Menschenwürde, die Gleichbehandlung aller Menschen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit sind Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung. Landesregierung, Verwaltung, Zivilgesellschaft und demokratische Parteien setzen sich im Rahmen des Landesprogramms dafür ein, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Intoleranz jeglicher Art in ihren Handlungsbereichen entschlossen und mit ganzer Kraft entgegenzutreten.

Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt der Menschen, welche die Demokratie mit ihren individuellen Potentialen, Bedürfnissen und Lebensentwürfen gestalten. Dieses Zusammenleben fußt auf gemeinsamen verfassungsrechtlichen Grundwerten, wonach alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Gemäß Artikel sieben der Landesverfassung darf niemand „aus Gründen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Abstammung oder wegen seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens oder seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder aus rassistischen Gründen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sichert allen Menschen in Deutschland einen umfassenden Schutz vor Benachteiligungen zu. Diesem Schutzauftrag will das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit mit begleitenden, Präventions-, Interventions- und Unterstützungsmaßnahmen gerecht werden und dabei Räume zur Gestaltung einer lebendigen Vielfaltsgesellschaft eröffnen.



Die Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt in Trägerschaft der halleischen Jugendwerkstatt gGmbH ist die zentrale und unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die Benachteiligungen in verschiedenen Lebensbereichen erfahren haben. Die Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt bietet qualifizierte Beratungen für Menschen, die aufgrund der ethnischen Herkunft und rassistischer Zuschreibung, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und/oder der sexuellen Identität Diskriminierung erleben. Sie bietet Betroffenen Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte zum Schutz von Benachteiligungen an. Gemeinsam mit den ratsuchenden Personen suchen die Berater*innen nach möglichen Lösungen und begleiten sie bei weiteren Schritten. Die Beratung ist vertraulich, kostenfrei und erfolgt auf vorjuristischer Ebene. Bei Bedarf können Dolmetschende zugezogen werden. Diskriminierungs-betroffene können telefonisch bzw. per E-Mail einen Beratungstermin an einem der zwei Standorte in Halle oder Magdeburg vereinbaren. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, Diskriminierungen über das Online-Formular auf der Website der Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt zu melden. Ergänzend bietet die Stelle Schulungen und Fortbildungen zu den Themen Antidiskriminierung und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz an. Über gezielte Öffentlichkeitsarbeit wird zum Thema Diskriminierung sensibilisiert.



Interessenvertretungen, Beauftragte und Beratungsangebote zur Prävention von Diskriminierung und Gewalt sowie zur Intervention bei Diskriminierungsfällen, leisten in Sachsen-Anhalt einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und zur Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dennoch erleben Menschen und Personengruppen im Leben immer wieder Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing, Anfeindungen, Beleidigungen bis hin zu Gewalt bzw. und Hasskriminalität aufgrund tatsächlicher und zugeschriebener Merkmale wie Nationalität, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, sozialem Status, Religionszugehörigkeit, psychischer und/oder physischer Behinderung oder Beeinträchtigung, des Erscheinungsbildes, der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

Ablehnende und abwertende Einstellungen, die durch einen gemeinsamen Kern zusammengehalten werden, der sich durch eine Ideologie der Ungleichwertigkeit beschreiben lässt, führen nahezu täglich zu physischer oder verbaler Gewalt.

Diese Entwicklungen schlagen sich beispielsweise nieder in rassistisch oder antisemitisch motivierten Übergriffen, LSBTIQ*feindlichen Beleidigungen, Mobbing und Anfeindungen mit verbalen und körperlichen Angriffen, häuslicher Gewalt gegenüber Frauen, Hasskriminalität sowie Sexismus und sexuellen Übergriffen. Vorfälle werden von Betroffenen häufig nicht gemeldet oder nicht zur Anzeige gebracht, weil Hürden unüberwindbar erscheinen. Dabei spielen Angst vor dem Outing, zum Teil mangelndes Vertrauen in

staatliche Institutionen oder Verharmlosung von Geschehnissen genauso eine große Rolle, wie unzureichende Inanspruchnahme von Hilfestrukturen aufgrund mangelnden Bekanntheitsgrades.

Menschenverachtende Anfeindungen entladen sich in Hasskommentaren und steigern sich in gezielten Diffamierungskampagnen. Initiativen und Vereine, die sich für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt einsetzen, werden sowohl im digitalen als auch im analogen Raum diskreditiert und angefeindet. Frauen und Mädchen sind laut aktuellen Untersuchungen am häufigsten Opfer von Hasskommentaren, Beleidigungen und Bedrohungen, welche oft auch eine sexualisierte Konnotation aufweisen. Angriffe richten sich dabei gegen Gleichstellung bzw. Gleichberechtigung sowie gegen politische Maßnahmen, welche die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zum Ziel haben.

Diskriminierung und Hasskriminalität geschehen nicht nur im Internet, sondern ebenso in den öffentlichen Verkehrsmitteln, in Freizeiteinrichtungen, in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Dialog mit Behörden. Vorurteilsmotivierte Vorfälle und Straftaten finden dabei zum Großteil im Verborgenen statt. Sie zielen nicht nur auf die Menschen als Individuen, sondern gleichzeitig auch auf ganze Bevölkerungsgruppen. Im öffentlichen Raum besteht auch heute noch die reelle Gefahr, von Übergriffen betroffen zu sein, wenn man beispielsweise für lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, intergeschlechtlich oder queer (LSBTIQ*) gehalten wird.

LSBTIQ*-Diskriminierungs-Meldestelle in Sachsen-Anhalt (DiMSA)

Die Zentrale Meldestelle für die Registrierung von Diskriminierung und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bi-, Trans*- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTIQ*) in Sachsen-Anhalt (DiMSA) sammelt und dokumentiert alle Diskriminierungs- und Gewaltvorfälle, die sich gegen queere jugendliche und erwachsene Frauen, Männer, Trans* und intergeschlechtliche Menschen gerichtet haben. Hierzu zählen beispielsweise vorurteilsmotivierte lesbenschwulen- und trans*feindliche Beleidigungen, körperliche Angriffe, Raubtaten sowie häusliche Gewalt, Sexismus und sexuelle Übergriffe.

Das in Trägerschaft des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) in Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. in 2020 gestartete Projekt beinhaltet einen anonymen Online-Fragebogen für Beschwerden und Meldungen von Vorfällen, die im Zusammenhang mit Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie bzw. -feindlichkeit stehen. Ziel der DiMSA ist es, die Vorfälle spezifisch zu erfassen, zu analysieren, individuelle Hilfe anzubieten, die Anzeigenbereitschaft zu erhöhen und Präventionsmaßnahmen zu entwickeln.



du wurdest...

- beleidigt
- bedroht
- erpresst
- sexuell genötigt
- zwangsgeoutet
- geschlagen

**Wehr Dich!
Wir helfen Dir.**
www.dimsa.lgbt

Die LSBTIQ*-Diskriminierung-Meldestelle Sachsen-Anhalt ist ein Projekt der LSBTIQ*-LKS Sachsen-Anhalt Nord beim LSVD Sachsen-Anhalt e.V., gefördert vom MJ des Landes Sachsen-Anhalt.

Überall, wo Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, -entfaltung und ihrem Gleichbehandlungsanspruch beeinträchtigt oder gefährdet sind, ist eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft aufgefordert, zu handeln und Gegenstrategien zu entwickeln. Hierbei müssen gesamtgesellschaftliche Präventionsansätze und Hilfen für von Diskriminierung und Gewalt betroffene Menschen zusammengedacht werden.

Das Landesprogramm legt daher einen Fokus auf konkrete Maßnahmen, die Hass und Hetze im digitalen und analogen Raum verhindern, Diskriminierungs- und Gewaltvorfälle sichtbar machen, Betroffenen von Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Hilfe anbieten und die Öffentlichkeit sowie die Menschen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen und Institutionen zu diesem Thema sensibilisieren. Im Sinne eines solidarischen Miteinanders ohne Diskriminierung, Hass und Gewalt unterstützt das Landesprogramm folgende Maßnahmen:

- Präventionsangebote gegen die Entstehung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie Angebote zur Bekämpfung derer Erscheinungsformen,
- Monitoringmaßnahmen, die Fälle von Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Gewalt jeglicher Art und insbesondere im Zusammenhang mit Gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit erfassen, dokumentieren und bewerten, um insbesondere die meist im Verborgenen stattfindenden Vorfälle sichtbar zu machen (Erforschung des Dunkelfelds), wodurch Präventions- und Hilfsangebote weiterqualifiziert werden können,

- Beratungs- und Begleitungsangebote, die besonders gefährdete soziale Gruppen und von Diskriminierung und Gewalt Betroffene/ Erfahrene in der Wahrnehmung ihrer Rechte stärken und konkrete individuelle Hilfe leisten,
- zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, die einerseits Betroffene direkt anspricht und ihnen Unterstützungsangebote nahelegt und andererseits präventiv Aufklärung leistet, um Diskriminierung und Gewalt gar nicht erst entstehen zu lassen,
- Schutzräume für vulnerable Gruppen und von Diskriminierung und Gewalt betroffene/ erfahrene Personen, auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus und Staatsangehörigkeit,
- zielgerichtete Präventionsmaßnahmen gegen Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität (bspw. Bildungsarbeit, Dialogformate, Maßnahmen gegen Hass im Netz),
- Sensibilisierung Mitarbeitender im öffentlichen Dienst für Antidiskriminierungsarbeit.





Dialog,
Qualitätssicherung
und Vernetzung

7

Dialog, Qualitätssicherung und Vernetzung

Ein wesentliches Ziel des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ist es, die Zusammenarbeit zwischen Engagierten, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltungen im Sinne einer gelebten demokratischen Kultur und Zivilgesellschaft weiter zu stärken und auszubauen. Unter dem Dach des Landesprogramms werden die im Bundesland von Bund, Land und Kommunen geförderten Strukturen, Angebote und vor Ort entwickelten Arbeitsansätze zu einer gemeinsamen und aufeinander abgestimmten Landesstrategie zusammengeführt.

Dazu koordiniert das Landes-Demokratiezentrum im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung als zentrale Koordinierungsstelle die im Bundesland geförderten Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention.

In der Umsetzung des Landesprogramms verantwortet das Landes-Demokratiezentrum die Förderentscheidungen und gestaltet die Vernetzung und den fachlichen Austausch mit allen relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Die Förderentscheidungen zum Landesprogramm werden durch eine Antragskommission auf der Basis der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit (Förderrichtlinie)“ getroffen. Das Landesprogramm wird durch einen Beirat begleitet. Der Beirat setzt sich aus Vertretenden zivilgesellschaftlicher Vereine und

Institutionen, der Politik, von Wirtschafts- und Sozialverbänden, Wissenschaftseinrichtungen sowie weiterer Verbände und Gremien zusammen. Den Vorsitz hat die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt. Mit seiner Tätigkeit soll der Beirat insbesondere die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Entwicklung des Landesprogramms sowie den Dialog mit ihr über Inhalte, Methoden, Förderbedingungen, Ziele und Förderschwerpunkte des Programms langfristig sicherstellen.

Die Mitglieder des Beirats beteiligen sich an der Aufstellung des Programms und bringen ihre Expertise und Fachkompetenzen über gemeinsame Beratungen und Fachveranstaltungen in die Umsetzung des Landesprogramms ein. Zu den Aufgaben des Beirats zählen die Erarbeitung fachlicher Empfehlungen zu den Zielen und Schwerpunkten für die Weiterentwicklung einer landesweiten Strategie zur Demokratieförderung und Prävention von Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Darüber hinaus berät er anlassbezogenen Entwicklungen in den Themenfeldern des Landesprogramms und spricht Empfehlungen dazu aus. Er kann außerdem Empfehlungen zur Anpassung der Förderrichtlinie zum Landesprogramm formulieren. Der Beirat gibt sich für seine Amtszeit eine Geschäftsordnung.

In den Ressorts der Landesverwaltung und in den verschiedenen Engagementbereichen werden vielfältige Maßnahmen, Projekte und Initiativen zur Stärkung der Demokratie unterstützt und umgesetzt. Das Landesprogramm lebt von der Vernetzung der im

Programm aktiven staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Mit dem Ziel, den Wissenschafts-Praxis-Transfer und die Qualität der umgesetzten Maßnahmen weiter zu stärken, soll zugleich die wissenschaftliche Expertise der Hochschulen eingebunden werden.

Die Ressorts der Landesregierung koordinieren ihre Aufgaben zur Aufstellung und Umsetzung des Programms durch den interministeriellen Arbeitskreis. Er setzt sich – unter Vorsitz der Staatssekretärin des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – aus Vertretungen aller Ressorts zusammen. Zu seinen Aufgaben gehören die Bestandserhebung bestehender Maßnahmen, die Identifizierung neu aufzunehmender Handlungsbedarfe, die Begleitung der Qualitätsentwicklung sowie die Berichterstattung für das Kabinett und den Landtag.

Bei der Abstimmung der Maßnahmen im Landesprogramm, zu dessen Weiterentwicklung und Begleitung, bindet das Landes-Demokratiezentrum weitere staatliche Agierende, insbesondere die Landesopferbeauftragte und den Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus, ein.

Maßnahmen, die auf die Sensibilisierung und Zusammenarbeit gegen Antisemitismus in allen Ressortbereichen abzielen, werden in einem weiteren interministeriellen Arbeitskreis unter Federführung der Ansprechperson für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus an der Staatskanzlei abgestimmt. Maßgeblich für die Arbeit gegen Antisemitismus ist das am 6. Oktober 2020

von der Landesregierung verabschiedete „Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“.

Um den notwendigen Praxis- und Erfahrungstransfer zu gewährleisten, veranstaltet das Land jährlich eine Demokratiekonferenz unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit betreibt das Land mit dem Demokratieportal eine regelmäßig aktualisierte Homepage zum Landesprogramm. Das Portal informiert Interessierter über Veranstaltungen, Förderbedingungen und ausgewählte Projekte.

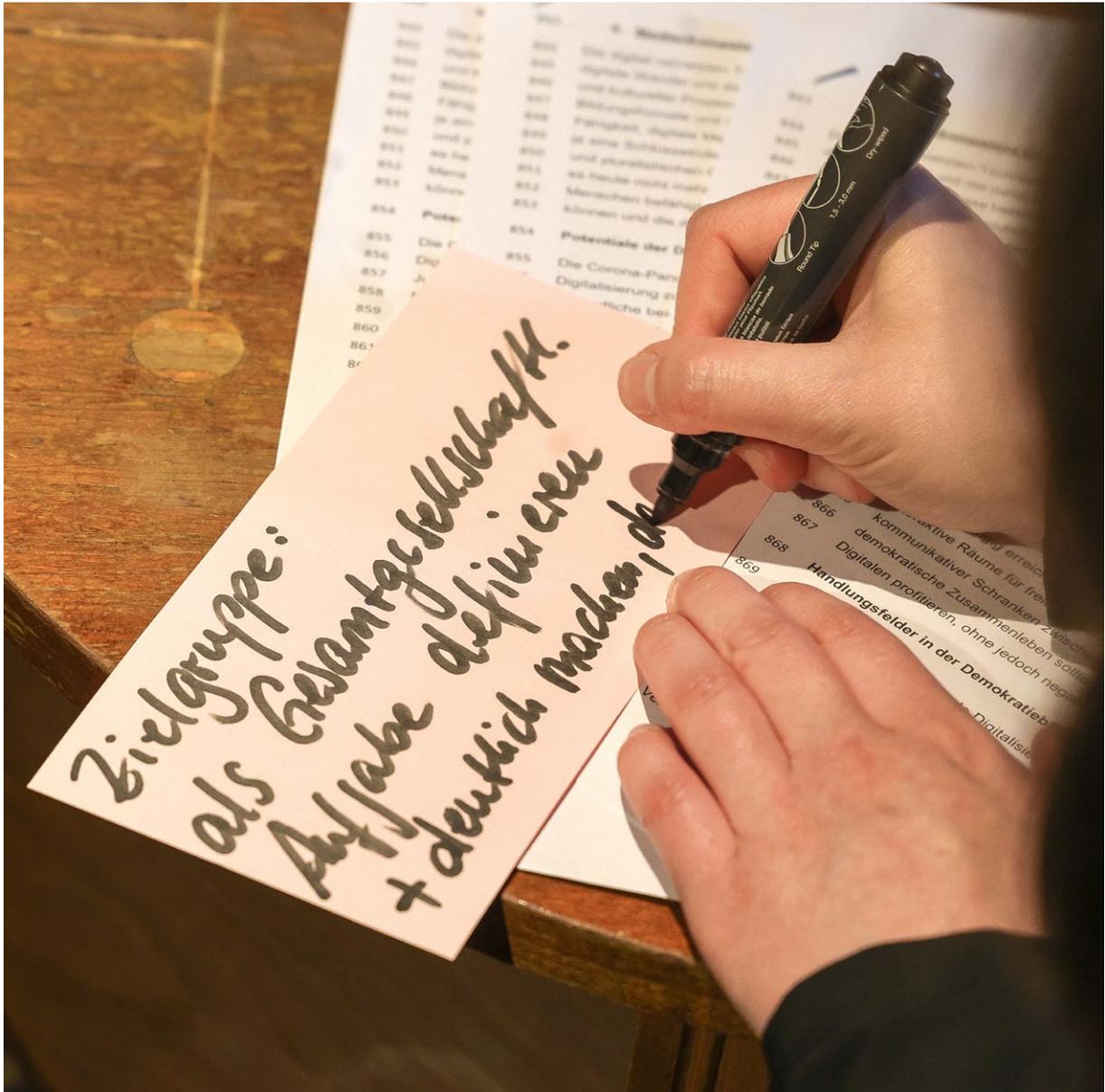
Das Landesprogramm ist ein lernendes Programm. Die darin verfolgten Arbeitsansätze bedürfen vor dem Hintergrund sich stetig verändernder gesellschaftlicher Herausforderungen und wandelnder Zielgruppen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und Ergebnissicherung.

Neben der ständigen fachlichen Begleitung des Landesprogramms durch den Beirat wird das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vor dem Ende der Programmlaufzeit eine Evaluation des Landesprogramms beauftragen. Die Ergebnisse der Evaluation sollen rechtzeitig vorliegen, um für die Bilanzierung und Weiterentwicklung des Programms berücksichtigt werden zu können.









Fotonachweise

Projekt	Träger	Seite	Foto
Demografiepreis Sachsen-Anhalt	Ministerium für Infrastruktur und Digitales	13	Peter Gercke
Menschlichkeit und Toleranz im Sport	Landessportbund Sachsen-Anhalt e.V.	15	majoros 166 - stock.adobe.com
Interaktive Visualisierung der jüdischen Geschichte Gröbzig	Museumsverein Gröbziger Synagoge e.V.	18	Museumsverein Gröbziger Synagoge e.V.
OPENION - Bildung für eine starke Demokratie in Sachsen-Anhalt	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	25	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung/ Jörg Farys
Landestag "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage"	Landeszentrale für politische Bildung	28	Landeszentrale für politische Bildung/Jens Schlüter
Lernen durch Engagement – „Reli Kids für Obdachlose“	Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.	29	Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
Die Zukunftslotsen	Zeitgeist e.V.	31	Zeitgeist e.V.
Kirche für Demokratie. Verantwortung übernehmen – Teilhabe stärken	Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V.	33	Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V.
Demokratie in Vielfalt (DiV)	Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.	37	Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.
IKOE - Interkulturelle Orientierung und Öffnung Sachsen-Anhalt	Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.	38	Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.
Das geht! Demokratie und Antidiskriminierung in der Ausbildung sozialer Berufe	Forum B:: Prozesse in Begleitung e.V.	40/41	Forum B:: Prozesse in Begleitung e.V.
Fairsprechen – Hass im Netz begegnen	fjp media Fairsprechen	45	fjp media Fairsprechen
Engagement Digital - Netzwerke stärken	Deutschland sicher im Netz e.V in Kooperation mit der LAGFA e.V.	47	Anne Hornemann
KIEZkunst - bau dir deine eigene Utopie!	.lkj) – Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.	48/49	1. Bild: Franziska Gutkäse 2. Bild: Giovanna Veronica Gahrns
Landeszentrum Jugend + Kommune	KinderStärken e.V.	52	KinderStärken e.V.
WhyNot?! #wirzeigenwasgeht	Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.	54	Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
Engagiert durchs Leben	Malteser Hilfsdienst e.V.	55	Malteser Hilfsdienst e.V.
Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt	Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH	59	Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH
LSBTIQ*-Diskriminierungs-Meldestelle in Sachsen-Anhalt (DiMSA)	Lesben- und Schwulenverband (LSVD) in Deutschland - Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.	60	Lesben- und Schwulenverband (LSVD) in Deutschland - Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Bilder in Kapitel 7		66 ff.	Viktoria Kühne

Impressum

Herausgeber: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Sachsen-Anhalt
Turmschanzenstrasse 25, 39114 Magdeburg
Tel.: 0391-567 4608, Fax: 0391-567 4622
E-Mail: ms-presse@ms.sachsen-anhalt.de
www.demokratie.sachsen-anhalt.de

Bildnachweise: Seite 3 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
iStock-Foto: Titel (smartboy10), S. 10 und 62 (pixelfit), S. 22 (Tomml), S. 34 (izusek),
S. 42 (AndreyPopov), S. 50 (FatCamera), S. 56 (Rawpixel)

Redaktion: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Gestaltung: hummelt und partner Werbeagentur GmbH, Magdeburg
Druck: Quedlinburg Druck GmbH
Auflage: 1.500 Exemplare
Stand: Magdeburg, Oktober 2022

Fördermittelgeber und Projektträger



Demokratie *leben!*



deutsche kinder- und jugendstiftung



Sachsen-Anhalt
LANDESSPORT
BUND



Multikulturelles
Zentrum Dessau

LAMSA
Wir verbinden!





DEMOKRATIE
MUSS JEDEN TAG
GESCHÜTZT WERDEN